

9. November 2011

73 Jahre nach der Reichspogromnacht

Solidarität mit den Opfern des deutschen Antisemitismus und Rassismus



„Es ist geschehen und folglich
kann es wieder geschehen.“

Primo Levi

9. November, 17 Uhr

Mahnmal Levetzowstraße

Gedenkundgebung und antifaschistische Demonstration in Moabit

INHALT:

Impressum	Seite 2
Editorial	Seite 3
Aufruf zum 9. November 2011	Seite 4
Zeitzeugen Interview mit Sara Bialas	Seite 7
Deutschland fordert Immunität für NS-Kriegsverbrechen	Seite 8
The Battle of the Maxes - Baer vs.Schmeling in New York 1933	Seite 10
„Und jeder wusste um das Schicksal dieser verfolgten Juden“	Seite 12
Gedenken an den Beginn der Deportationen von Jüd_innen	Seite 13
Jüdisches Leben in Friedrichshagen	Seite 14
Hitler und Stalin - Bruder Todfeind	Seite 15
Vor 70 Jahren - Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und die Juden	Seite 16
Sozialchauvinismus: Ideologie der sozialen Ausgrenzung	Seite 17
Erlaubt ist, was nicht stört	Seite 18
Antiziganismus – eine fortwährende Ressentiment	Seite 20
Ausgrenzung von Menschen ohne deutschen Pass heute	Seite 22
Deutsches Jahr	Seite 24
Bauchlandung für Neonazis und Rechtspopulisten	Seite 28
Dresden 2012	Seite 29
TERMINE	Seite 30

EDITORIAL

Am helllichten Tag und unter aller Augen ...

In diesem Jahr jähren sich die ersten Deportationen aus Berlin zum siebzigsten Mal. Am 18. Oktober 1941 verließ vom Gleis 17 des Bahnhofs Grunewald der erste Deportationszug Berlin in Richtung des Ghettos Litzmannstadt/Lodz. Knapp ein Jahr später ab August wurden diese vom Bahnhof an der Putzitzbrücke in Moabit fortgesetzt. Daher rufen wir seit 1990, so auch in diesem Jahr, zu einer Gedenkkundgebung am Mahmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf. In den letzten Jahren haben sich regelmäßig viele hundert Menschen an unserer Kundgebung und der anschließenden Demonstration beteiligt. Sie orientiert sich dabei an dem Weg, den die Jüd_innen vom Sammellager in der Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putzitzbrücke am helllichten Tag unter aller Augen gehen mussten.

Vor 70 Jahren überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion, um auch dort ihr mörderisches Vernichtungsprogramm in die Tat umzusetzen. Das genaue Ausmaß ist weiter unüberschaubar und so sind es die Details, die den Schrecken erahnen lassen. So bleibt uns zum Beispiel der jüdische Partisan Baruch Shuv, den einige von uns 2011 in Tel Aviv besuchten, in Erinnerung: Seine Mutter, sein Bruder und seine Schwester wurden in den Wäldern um Wilna (Vilnius) von litauischen Kollaborateuren erschossen. Wie Sie wurden Millionen Menschen Opfer der Nazis. Ihnen gilt unser Gedenken.

Unser Anliegen ist nach wie vor aktuell. So warb die neonazistische NPD im vergangenen Berliner Wahlkampf mit dem widerlichen antisemitischen Slogan „Gas geben“ und wurde sogar durch Gerichte gedeckt. Gleichzeitig ergingen sich konservative Politiker_innen, über Sarrazin hinaus, in der Deklaration einer „europäisch christlich-jüdischen Kultur“ und ihrer Verteidigung gegen eine vermeintliche Gefahr durch Muslim_innen. Diese Instrumentalisierung ist gerade in Deutschland besonders hässlich, wo das christlich-jüdische Zusammenleben als Auschwitz buchstabiert wurde.

Diese Zeitung und die Veranstaltungen um den 9. November sind ein kleiner, aber entschiedener Gegenpart zu den deutschen Zuständen. Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus gehören in Deutschland keineswegs der Vergangenheit an. Den Betroffenen damals und heute gilt unsere Solidarität.

Wir freuen uns, dass wir Andrée Leusink als Zeitzeugin und Überlebende des Naziterrors bei uns am 9. November begrüßen dürfen. Sie überlebte als verstecktes Kind den Holocaust in Frankreich und der Schweiz. Heute ist sie aktiv in der antifaschistischen Bewegung, darunter den „Child Survivors Deutschland - Überlebende Kinder der Shoah“ und der VVN-BdA Berlin-Pankow.

AIM / Antifaschistische Initiative Moabit, Oktober 2011

Unterstützer_innen:

Emanzipative Antifaschistische Gruppe [EAG-Berlin]
eag-berlin@riseup.net
pankow.antifa.cc/

Initiative gegen das Chipkartensystem
konsumfuerfreiesfluten@yahoo.com
www.chipkartenini.squat.net

Theorie.Organisation.Praxis [TOP B3rlin]
mail@top-berlin.net
top-berlin.net

Antifaschistisches Bündnis Südost [ABSÖ]
abso@no-log.org
www.abso-berlin.tk

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.
berlin@vvn-bda.org
www.berlin.vvn-bda.org

Autonome Neuköllner Antifa [ANA]
autonome_neukoellner_antifa@riseup.net
www.antifa-neukoelln.net

Antifa Friedrichshain [AFH]
antifa-fh@riseup.net
http://antifa-fh.de.vu/

Impressum:

Antifaschistische Initiative Moabit [AIM]
a_i_m@gmx.de, www.antifa-moabit.de.vu
V.i.S.d.P.: M.Meier, Alt Moabit 25, 10555 Berlin

73 Jahre nach der Pogromnacht

**Kein Vergessen! Kein Vergeben!
Gegen Antisemitismus und Rassismus in Deutschland, Europa und überall!**



Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße

Auftakt zur Vernichtung

Die Gewalt der Novemberpogrome vom 7. -13. November 1938 fand am 9. November ihren vorläufigen Höhepunkt. Überall in Deutschland und Österreich brannten die Synagogen, jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden überfallen, demoliert und geplündert. Jüd_innen wurden von deutschen Antisemit_innen gedemütigt und geschlagen, vergewaltigt und ermordet. Etwa 30.000 Männer wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt.

Die Pogrome stellten eine weitere, entscheidende Radikalisierung der antijüdischen Politik des NS-Regimes dar. Bis dahin hatten die Nazis die deutschen Jüd_innen Schritt für Schritt aus der Gesellschaft ausgegrenzt: mit Berufsverboten, Ausschluss aus den Universitäten, später mit den „Nürnberger Rassegesetzen“ oder der „Arisierung“ jüdischer Unternehmen. Der NS-Antisemitismus wurde nach den Novemberpogromen immer gewalttätiger und gipfelte letztlich in dem Versuch, alle Jüd_innen Europas gezielt und umfassend zu ermorden. Bis 1945 hatten die Nazis sechs Millionen Jüd_innen ermordet.

Antisemitismus - Ein stets abrufbares Ressentiment

Antisemitismus ist heute in der deutschen Bevölkerung immer noch weit verbreitet. In den letzten Jahren konnte sogar eine Zunahme von antisemitischen Vorfällen verzeichnet werden. Umfragen zeigen, dass über die Hälfte der Deutschen indirekte oder offen feindliche Einstellungen gegenüber als jüdisch markierten Menschen vertreten. Laut der aktuellen Heitmeyer-Studie 2010 stimmen 16,4 % der Befragten der Aussage zu, dass Jüd_innen zu viel Einfluss hätten. Außer der Schändung von jüdischen Grabstätten oder von Holocaust-Gedenkstätten gibt es auch Vorfälle, die sich direkt gegen Menschen richten. So zeigte sich bei einem Vorfall im brandenburgischen Werder im September 2011, dass Antisemitismus auch bei den Enkeln der Täter_innengeneration weit verbreitet ist. Mitarbeiter_innen des Jüdischen Museums in Berlin wurden in übelster Art und Weise antisemitisch beschimpft. Die Schüler_innen meinten u.a., „früher hätte man euch vergast“. Die Äußerungen wurden herunter gespielt und die Lehrer_innen nahmen ihre Schüler_innen in Schutz.

Die neonazistische NPD hingegen macht sich nichts daraus, ihren Antisemitismus zu verbergen. Erst jüngst warb die Partei mit dem Werbeslogan „Gas geben“. Die Plakate hingen über Wochen in der ganzen Stadt, auch vor jüdischen Einrichtungen. Die Partei kann sich nicht nur das Plakat dank der Wahlkampfkostenrückerstattung durch Steuergelder finanzieren lassen, sondern es auch unter dem Schutz der Polizei aufhängen. Ob offen, wie bei der den NS verherrlichenden NPD oder bürgerlich verdeckt wie in Werder: Es gilt allen Formen des Antisemitismus den Kampf anzusagen.

9. November 2011 - Erinnerung ohne Opfer und Täter_innen?

Mittlerweile hat die Erinnerung an die Ereignisse vom November 1938 und den darauf folgenden Verbrechen der Deutschen ihren Platz in der offiziellen Gedenkkultur gefunden: In beinahe jeder größeren deutschen Stadt, in vielen Parlamenten und Rathäusern werden am 9. November Gedenkveranstaltungen organisiert. Bis in die 80er Jahre waren es oft nur die jüdischen Gemeinden, kleine kirchliche und antifaschistische Gruppen, die an die Pogrome erinnerten. Inzwischen, da es kaum noch NS-Täter_innen gibt, die zur Verantwortung zu ziehen wären, hat auch das offizielle Deutschland das Gedenken für sich entdeckt und präsentiert sich europaweit als „Aufarbeitungsweltmeister“. In diesem Kontext ist zum Beispiel auch die jüngste vielgelobte Studie zur braunen Vergangenheit des Auswärtigen Amtes zu sehen. Das Wissen um die NS-Verbrechen ist nun ein fester Bestandteil bundesdeutscher Erinnerungspolitik.

Damit verschiebt sich die Deutungshoheit über die NS-Verbrechen weg von den ehemals Verfolgten und Menschen aus dem Widerstand zugunsten derer, die heute das Gedenken bestimmen. Die letzten Überlebenden der NS-Verfolgung können nicht mehr lange Einspruch gegen Geschichtsrevisionismus oder ihre Vereinnahmung erheben. Antifaschistische Gedenkstätten werden zunehmend zu Orten mit „doppelter Vergangenheit“, an denen ununterscheidbar den Verbrechen des NS und z.B. den Insass_innen der oft nachfolgenden sowjetischen Speziallager gedacht wird. Eine Gleichsetzung wird damit zumindest nahegelegt. Zugleich wird die Rolle des antifaschistischen Widerstands in den Hintergrund gedrängt und gerade seine kommunistischen Inhalte und Beweggründe werden mehr und mehr delegitimiert.

Deutschland wehrt auf internationale Ebene Ansprüche von nicht entschädigten Opfern, zum Beispiel vom Wehrmachtsschächter in Distomo, vehement ab. Auch die faktische Straflosigkeit für deutsche NS-Täter_innen besteht weiterhin. Viele von ihnen können sogar bis an ihr Lebensende eine Rente in Anspruch nehmen. Nach wie vor werden deutsche Täter_innen, die rechtskräftig wegen Massakern an der Zivilbevölkerung verurteilt wurden, nicht ausgeliefert. Jüngstes Beispiel ist der in Berlin lebende Helmut Odenwald. Stattdessen geht Deutschland in die Offensive und klagt vor dem Internationalen Gerichtshof staatliche Immunität gegen Entschädigungsklagen für deutsche Kriegsverbrechen von Privatpersonen ein. Die Strategie der zu spät stattfindenden Aufarbeitung bei gleichzeitiger Kostenarmut ist für Deutschland funktional: Es wird nach außen als anerkannter Partner der „westlichen Wertegemeinschaft“ akzeptiert, nach innen kann sich die deutsche Gesellschaft darauf berufen und mit der „Geschichte abschließen“.

Notwendige Lehren aus dem Faschismus haben sich nicht durchgesetzt. Am 25. Januar 2009 stellten Überlebende verschiedener Konzentrationslager in ihrem Vermächtnis fest:

„Nach unserer Befreiung schworen wir eine neue Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen: Wir haben uns engagiert, um eine Wiederkehr dieser unvergleichlichen Verbrechen zu verhindern. Zeitlebens haben wir Zeugnis abgelegt, zeitlebens waren wir darum bemüht, junge Menschen über unsere Erlebnisse und Erfahrungen und deren Ursachen zu informieren. Gerade deshalb schmerzt und empört es uns sehr; heute feststellen zu müssen: Die Welt hat zu wenig aus unserer Geschichte gelernt. (...) Anstatt unsere Ideale für Demokratie, Frieden, Toleranz, Selbstbestimmung und Menschenrechte durchzusetzen, wird Geschichte nicht selten benutzt, um zwischen Menschen, Gruppen und Völkern Zwietracht zu säen. Wir wenden uns dagegen, dass Schuld gegeneinander aufgerechnet, Erfahrungen von Leid hierarchisiert, Opfer miteinander in Konkurrenz gebracht und historische Phasen miteinander vermischt werden.“

Antitotalitarismus statt Antifaschismus

Worauf die Lagerkomitees hier anspielen, ist der „antitotalitäre“ Habitus einer gemeinsamen europäischen Geschichtsschreibung, die sich angeblich gegen jeden Extremismus wendet, indem die NS-Verbrechen mit dem stalinistischen Terror oder Englands Bombenangriffen verglichen bzw. aufgerechnet werden. Dementsprechend forderte 2009 das Europaparlament dazu auf, den 23. August als Gedenktag für die „Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ einzurichten. Folgen eines solchen Geschichtsrevisionismus sind zum Beispiel Versuche, jüdische Partisan_innen in Litauen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen, weil sie gegen Nazis und Kollaborateure ihr nacktes Leben verteidigten. In der Ukraine werden faschistische Kollaborateure zu antisowjetischen Freiheitskämpfern und Patrioten hochstilisiert. In Deutschland inszeniert der Bund der Vertriebenen deutsche Täter_innen als Opfer, indem er „sämtlichen Vertriebenen in Europa ein Denkmal „setzt“. Er vergleicht damit die Umsiedlung der Deutschen in den Jahren 1945/46 mit den Genoziden an den Jüd_innen und Roma. Wo alle unterschiedslos Opfer sind, gibt es keine Täter_innen und keine historischen Herleitungen mehr.

Antiziganismus – Eine ungebrochene Tradition

Neben den Jüd_innen planten die Nazis ebenso für die Sinti und Roma ihre vollständige Vernichtung. Über 500.000 Roma und Sinti wurden in den Ländern Europas ermordet. Entschädigungszahlungen wurden den in Deutschland lebenden Sinti und Roma lange vorenthalten, in den osteuropäischen Staaten erhielten sie überhaupt nichts. In einer seiner letzten Reden warnte der im September 2011 verstorbene Vorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees Noah Flug vor der aktuellen bedrohlichen Situation von Roma. Die gewalttätigen Pogrome der vergangenen Monate und Jahre in

**„Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“
(Primo Levi)**

Tschechien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Italien sowie die rassistische Roma-Politik Sarkozy's in Frankreich, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Deutschland Roma unerwünscht sind. Jüngstes Beispiel ist ein Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus in Leverkusen am 24. Juni. Dort wohnten 19 Sinti und Roma, die sich glücklicherweise retten konnten. Auch die rassistische Hetze gegen Roma seitens Presse und Politik in Berlin spricht Bände. Immer noch sind 10.000 Roma aus dem Kosovo und Serbien in Deutschland von Abschiebung bedroht. Diesen Menschen eine sichere und vorbehaltlose Aufenthalts- und Lebensperspektive zu ermöglichen, wäre aufgrund der deutschen Geschichte das Mindeste. Das ist eine berechnete Forderung von Sinti und Roma, die von Deutschland bis heute nicht eingelöst wird.

Hoyerswerda 2011 – Antifaschistisches Gedenken unerwünscht

Vor 20 Jahren entfachte der nationalistische Taumel infolge der „Wiedervereinigung“ das rassistische Pogrom in Hoyerswerda im September 1991. Unter den Augen der Polizei und unter Beifall der Einwohner_innen wurden afrikanische und vietnamesische Vertragsarbeiter_innen und Flüchtlinge von einem Mob aus Nachbar_innen und angereisten Neonazis zusammengeschlagen, durch die Straßen gehetzt und in ihren Wohnheimen umzingelt. Sie wurden schließlich aus der Stadt evakuiert. Neonazis erklärten Hoyerswerda triumphierend zur „ausländerfreien Stadt“. Es folgten die Pogrome und Mordanschläge von Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln. Kurz nach der darauf folgenden faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl 1993 kam es zu einer weiteren Welle von rassistischen Übergriffen. Gleichzeitig wurden zahlreiche jüdische Friedhöfe geschändet.

Zum diesjährigen Jahrestag wurden ehemalige Vertragsarbeiter_innen und Opfer der damaligen Pogrome in Hoyerswerda wieder rassistisch beschimpft und bedroht. Das antifaschistische Gedenken wurde von Neonazis massiv gestört. Hoyerswerdas CDU Bürgermeister Skora beschrieb die Lage unfreiwillig sehr treffend: „Ich wehre mich dagegen zu sagen, dass sich bei uns nur die Rechten wohlfühlen“ sagte er in einem Radiointerview im Deutschlandfunk. Während also Nazis scheinbar zur Bevölkerung dazu gehören, werden Antifaschist_innen als von außen kommende „Nestbeschmutzer_innen“ diffamiert. Diese Vorfälle stehen symptomatisch für die Kontinuität rassistischer Zustände.

Israel - Staat der Überlebenden des Holocaust

Der kürzlich verstorbene Vorsitzende des Internationalen Auschwitz-Komitees Noah Flug berichtete, dass noch über 200.000 Überlebende des Holocaust in Israel leben: Unter ihnen viele Überlebende der Konzentrationslager, des Partisan_innenkampfes sowie Menschen, die sich oft jahrelang vor den Nazis verstecken

mussten. Israel wurde während und nach dem Zweiten Weltkrieg Zufluchtsort für diejenigen, die sich dem mörderischen Zugriff des Nationalsozialismus entziehen konnten. Unter den Kämpfenden des israelischen Unabhängigkeitskrieges von 1948 war auch ein sehr großer Teil von Menschen, die den deutschen Faschismus überlebt hatten. Antifaschistische Organisationen wie der VVN begrüßten damals die Gründung des Staates Israel als einen notwendigen Schritt zur Schaffung eines Ortes, wo es keine antisemitische Ausgrenzung und Morddrohungen mehr geben sollte. Die Sowjetunion, aber auch viele andere Staaten, in denen die Nazis gewütet hatten, erkannten Israel kurz nach dessen Gründung an und lieferten Waffen zu dessen Verteidigung.

Über 60 Jahre später muss Israel weiterhin gegen weltweite Delegitimierungsversuche und politische Bewegungen in seinen Nachbarländern kämpfen, die dem jüdischen Staat jegliche Existenzberechtigung absprechen. Diese Anfeindungen fordern eine solidarische Empathie von Antifaschist_innen. Dies bedeutet keine kritiklose Zustimmung zur israelischen Regierungspolitik. Es ist darauf zu achten, dass keine pauschalen Urteile gefällt, Israel nicht dämonisiert oder Doppelstandards angelegt werden.

All diese Entwicklungen verleihen der Erinnerung an die Pogromnacht 1938 erschreckende Aktualität und Notwendigkeit. Dem Gedenken an die deutschen NS-Verbrechen auch weiterhin Gehör zu verschaffen sowie Konsequenzen daraus einzufordern, bleibt die wichtigste Aufgabe für alle Antifaschist_innen. Der ehemalige Vize-Präsident des Internationalen Buchenwald-Komitees, Emil Carlebach, brachte es anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung auf den Punkt: „Zu Frieden und Freiheit aber gehört auch die Tradition des Kampfes gegen den Faschismus, gegen Antisemitismus und Herrenmenschentum. In diesem Kampfe waren wir vereint, in diesem Kampfe bleiben wir vereint.“

In diesem Sinne hoffen wir, möglichst viele von Euch am 9. November auf der Gedenkdemo in Moabit zu sehen.

*Antifaschistisches Bündnis Süd-Ost,
Autonome Neuköllner Antifa,
Antifaschistische Initiative Moabit, 2011*

Im Angedenken an Noah Flug, den Vorsitzenden des Internationalen Auschwitz-Komitees (geboren am 1. Januar 1925 in Łódź, Polen, gestorben am 11. August 2011 in Jerusalem).



Deportationsmahnmal an der Putzitzbrücke



Die vor kurzem erschienene Interviewbroschüre, „Fragt uns, wir sind die Letzten.“, liefert Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand.

Eine der interviewten Zeiteugen_innen ist Sara Bialas (*1927, Czestochowa), die von den Nazis als polnische Jüd_in verfolgt und mit 13 Jahren in ein Arbeitslager (später KZ Groß-Rosen) deportiert wurde. Sie überlebt als einzige ihrer Familie den Holocaust. Die folgenden Ausschnitte sind ein kleiner Teil des vollständigen Interviews, das in der Broschüre (fragtuns.blogspot.de) gelesen werden kann.

Wann begannen die Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung?

Am 4. September, ich war bei meiner Tante, klopfte es an der Tür, und ein bewaffneter deutscher Soldat - wie ein Monster sah er aus - schrie etwas, was wir nicht verstanden. Daraufhin zeigte er uns mit dem Gewehr, dass wir rausgehen sollen. Das war schon die Hölle. Menschen, Tiere, alles wurde in eine, an unser Eckhaus angrenzende jüdische Berufsschule gejagt. Ein deutscher Soldat sagte uns, dass Christen und Tiere rausgehen können, aber Juden hier bleiben müssen. Ich habe geweint und hatte Angst. Meine Tante hat mir die Augen zugehalten, so dass ich nicht sehen konnte, was sich für tragische Sachen abgespielt haben. Da lief eine Mutter mit drei Kindern, zwei an den Händen, eins lief hinter ihr... und ein Soldat hat das Kind, das hinterherlief, in die Flammen geworfen.

Also standen wir so da, ohne Wasser, ohne zu wissen, was wird, und dann haben sie die Männer in die Papierfabrik gegenüber getrieben. Es wurden immer zehn Männer erschossen und zehn Männer weggebracht. Unter den Erschossenen war auch mein Cousin. Wir hingegen standen bis abends dort. Nachdem dann der Befehl kam, dass wir den Hof verlassen sollen, schossen sie in die gehende Masse. Meine Tante sagte, dass wir besser zu einem weiter entfernt wohnenden Onkel gehen sollten. Nach einem kurzen Ausflug meines Onkels in die umliegenden Straßen hat er bitterlich geweint. Er sagte: »Ganz Czestochowa brennt. Alle Synagogen wurden angezündet.«

Im Anschluss musste Sara Bialas mit ihrer Familie in das Ghetto der Stadt ziehen. Wegen der furchtbaren Zustände schmuggelten sie ihre Eltern nach Sosnowiec zu ihrer älteren Schwester. Dort wurde sie im Zuge einer Razzia festgenommen und anschließend deportiert.

Wo wurden Sie hingebacht?

Als wir dann aus dem Zug gejagt wurden, stand da eine Frau, die sagte, sie sei hier die Aufseherin. Es war wirklich sehr kalt und der Hunger war sehr groß - wir hatten bereits ein paar Tage nichts gegessen. Wir wurden in eine Baracke gejagt und mussten alle zusammen in einem Raum die Worte »Frau Aufseherin« nachsagen. Dann zeigte die Aufseherin uns eine Peitsche, die an der Wand hing, und forderte uns auf, auch dieses Wort zu lernen. Dann zeigte sie uns, was man mit einer Peitsche macht.

Die Nacht verbrachten wir in dem Raum. Am nächsten Tag hat sie die Peitsche an jedem einzelnen Mädchen ausprobiert. Anschließend jagte sie uns in einen Betrieb, wo ein SA-Mann eine Rede hielt. Er sagte, wir sind mit den Gabersdorfer Werken verheiratet, und unser Bräutigam sind die Maschinen. An nichts anderes mehr haben wir zu denken. Das war das erste Mal, dass wir überhaupt erfuhren was mit uns passiert.

Wie lange war das ein Arbeitslager?

Bis zum 6. Februar 1942 waren wir ein Arbeitslager, dann ist es zum Frauen-KZ Groß-Rosen geworden. Danach hat uns die SS übernommen. Da wurden wir nach dem Duschen nackt und nass in einen scheußlichen Raum gejagt. Wir haben uns vor uns gegenseitig geschämt. Ich habe bis dahin noch nie einen nackten Menschen gesehen! Und Mädchen wurden aufgerufen, mein Familienname war Sliwka, also war ich die Letzte.

Die ganze Länge standen an jeder Seite junge SS-Männer. Schon das war schlimm genug. Uns wurde gesagt, langsam zu gehen. In einem Zimmer saß ein Mann mit Uniform und in weißem Kittel und machte

mit Kreide einen Kreis auf den Fußboden. Ich sollte mich da rein stellen und mich langsam drehen. Er hat begutachtet, ob ich leben darf oder nicht. In einem anderen Raum standen wir noch immer nackt, dort hat ein SS-Mann zu uns gesprochen. Wir sollen schleunigst unseren Namen vergessen, wir werden eine Nummer bekommen: »Und wehe euch, wenn ihr eure Nummer vergesst! Ab heute gibt es keinen Namen mehr für euch!« Meine Nummer war 34803. Es war grausam.

Was für ein Verhältnis hatten Sie zu den anderen Frauen?

Wenn nicht die Mädchen gewesen wären, wäre ich nicht am Leben geblieben. Da habe ich gelernt, was Solidarität ist! Es ist nicht nur geschriebene Solidarität, es war gelebte Solidarität. Wir haben uns geholfen. Wenn ein Mädchen geschlagen wurde, dann haben wir versucht, irgendwoher ein bisschen Wasser zu bekommen und was Kaltes darauf zu legen.

Wir hatten ab und zu mal Toilettenpapier bekommen, aber nicht für Hygienewecke, sondern wenn wir uns verletzt haben. Jedes Mädchen hat sich ein kleines Stückchen abgerissen, mir gegeben und mich bewacht, damit mich die SS-Frauen nicht beim Schreiben erwischten. Und die haben mir mal ein Stückchen Papier oder ein kleines Stückchen Bleistift gegeben und für mich war das die Welt. Weil ich konnte das aufschreiben, was mir gefehlt hat, oder was ich dachte. Also ich habe diese Solidarität mein Leben lang weiter gehegt. Ich weiß, was das bedeutet.

Wie haben sie die Befreiung erlebt?

Wir waren noch am 9. Mai arbeiten. Bei den SS-Frauen hatten die zivilen Kleider schon rausgucken. Und die Lagerführerin war irgendwie so... menschlich. Am Spätnachmittag dann ein Knall und wir waren frei! Es hat geknallt, da haben die sowjetischen Soldaten das Tor gesprengt und wir durften raus. Und wir haben gar nicht verstanden, dass wir jetzt da rüber gehen können, dass wir raus können! Da hat mich ein Soldat auf den Tank herauf gehoben und mir eine Zigarette gegeben. Da ich gewöhnt war, Angst zu haben und alles zu machen, wie man mir heißt, habe ich die Zigarette genommen. Mir ist so schlecht geworden... Und die Zigarette hat mein Leben gerettet, weil die anderen Mädchen alles gegessen haben, was sie gefunden haben und das war der Tod, weil unser Magen war solches Essen nicht gewöhnt.

Dann sind Sie nach Hause gefahren?

Ja, das Kapitel war zu Ende und die andere Hölle stand mir bevor. Irgendwie bin ich doch nach Hause gekommen, aber die Stadt, ich habe sie nicht erkannt. Ich war es nicht mehr gewohnt, Menschen zu sehen, die frei laufen, Häuser zu sehen, das normale Leben. Ich wusste gar nicht, in was für einer Welt ich bin. Dann bin ich dorthin, wo wir im Ghetto gewohnt haben, denn wir hatten ja keine Bleibe mehr. Dort war kein Mensch. So stand ich da, hungrig und schmutzig und wusste nicht, was ich mit mir machen sollte. Schließlich beschrieb mir eine Frau den Weg zur jüdischen Gemeinde.

Ich bin mit meinem Mann dann nach Israel ausgewandert und da hat dann meine richtige Befreiung stattgefunden. Da fragte mich niemand nach einer Arbeitsgenehmigung, ich brauchte keine Anmeldungen. Ich habe dort Menschen gefunden, die auch so gelitten hatten wie ich. Die wie ich auch niemanden hatten.

Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand. Eine Interview-Broschüre

»Fragt uns, wir sind die Letzten.«



Jetzt zum Download oder Printversion über die Berliner VVN-BdA. Infos: <http://fragtuns.blogspot.de>



Deutschland fordert Immunität für NS-Kriegsverbrechen

Ein Kommentar zum Fall Deutschland ./ Italien vor dem Internationalen Gerichtshof

Am 10. Juni 1944 ermordete die 4. SS-Polizei-Panzer Grenadier-Division im Zuge der „Partisanenbekämpfung“ im griechischen Distomo 218 Menschen, darunter 38 Kinder unter 10 Jahren. Dies war nur eines von zahlreichen deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland. Seit den 90er Jahren versuchen Menschen aus Distomo vor griechischen, deutschen und italienischen Gerichten eine Entschädigung für das erlittene Leid zu erstreiten, eine Entschädigung, die ihnen bisher alle deutschen Bundesregierungen verweigert haben. Der Arbeitskreis Distomo unterstützt seit mehreren Jahren politisch und juristisch den Kampf der Überlebenden und Angehörigen der Opfer von Distomo. Wir dokumentieren den Kommentar des AK Distomo zum Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof, mit dem die BRD versucht, die Entschädigung der Opfer deutscher Kriegsverbrechen in Griechenland und Italien zu unterbinden.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verhandelte vom 12. bis zum 16. September 2011 öffentlich über eine Klage Deutschlands, die zum Ziel hat, Entschädigungsansprüche von griechischen und italienischen NS-Opfern auszuhebeln. Dieser Prozess ist nicht nur für alle Opfer von NS-Verbrechen von großer Bedeutung, er wird auch Auswirkungen auf Schadensersatzansprüche von Überlebenden heutiger Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit haben.

Als am Montag, den 12.9.2011, die mündliche Verhandlung im Fall Deutschland ./ Italien vor dem IGH mit den Plädoyers der deutschen Delegation begann, wähnte man sich in einem Bühnenstück, bei dem die Rollen vertauscht schienen. Deutschland nahm die Rolle des Opfers ein, das sich völlig zu Unrecht von der italienischen Justiz in die Enge gedrängt und nun zum Gegenangriff genötigt sieht. Doch nicht um die Einsparung schnöden Mammons gehe es hier vor dem höchsten Gericht der Welt, sondern, glaubt man den Bekundungen der juristischen Vertretung Deutschlands, um nichts weniger als um Bewahrung der Völkergemeinschaft vor vielerlei Unbill. Italiens oberster Gerichtshof, so die deutsche Seite, habe durch seine Rechtsprechung das internationale Recht verletzt und Deutschland sei angetreten, diesem wieder Geltung zu verschaffen. Anderenfalls drohe die Nachkriegsordnung zusammen zu brechen, würde das komplexe Regelwerk der internationalen Gemeinschaft erodieren, brächen Chaos und Anarchie aus. Kurz: Deutschland nimmt für sich in Anspruch, den Frieden in der Welt zu retten.

Warum dreht Deutschland in Den Haag ein solch großes Rad? Seit Jahrzehnten verweigern bundesdeutsche Regierungen den Opfern von NS-Verbrechen in ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern Entschädigungsleistungen. Die Überlebenden der Massaker von Distomo, Kalavryta, Civitella oder Marzabotto und anderen Orten haben wie die meisten anderen Opfer von NS-Verbrechen niemals vom deutschen Staat eine Entschädigung erhalten. Dies gilt auch für viele ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Klagen vor deutschen Gerichten blieben erfolglos. Griechische und italienische Gerichte bestätigten hingegen die Ansprüche der Opfer.

Der Kassationshof in Rom erklärte bereits im Jahr 2004 die Klage eines ehemaligen NS-Zwangsarbeiters (Ferrini) für zulässig und die italienischen Gerichte für zuständig. Im Juni 2008 ermöglichte er die Zwangsvollstreckung gegen deutsches Eigentum in Italien im Fall Distomo und erkannte entsprechende Urteile griechischer Gerichte als rechtmäßig und vollstreckbar an. (Dies führte unter anderen zur Pfändung der im deutschen Eigentum

befindlichen Villa Vigoni am Comer See. Die Bundesregierung missachtet diese Entscheidungen.

Deutschland erhob am 23. Dezember 2008 Klage gegen Italien vor dem Internationalen Gerichtshof, um endgültig alle Entschädigungsprozesse und Vollstreckungsmaßnahmen jetzt und für die Zukunft zu stoppen. Die Bundesregierung versucht, den Internationalen Gerichtshof dafür zu missbrauchen, die Ansprüche der Opfer von NS-Verbrechen weiter zu torpedieren und die Unabhängigkeit der italienischen Gerichte außer Kraft zu setzen. Angeblich habe die italienische Justiz die Staatenimmunität Deutschlands nicht beachtet.

Der Einwand der Staatenimmunität ist auch das zentrale juristische Argument, welches Deutschland als Allzweckwaffe einsetzt, um sich gegen Klagen im Ausland abzuschotten. Auf die eigene Justiz kann sich die Bundesrepublik verlassen, diese entscheidet im Zweifel zugunsten der Staatsräson und zum Schutze des deutschen Haushalts. Doch ausländische Gerichte reagieren nicht immer wie gewünscht auf Druck aus Berlin. Besonders unbotmäßig zeigte sich der Kassationshof in Rom. Dieser wagte es, Deutschland die Staatenimmunität in Fällen von „Verbrechen gegen die Menschheit“ abzusprechen, die Nazi-Deutschland begangen hat. Hierzu zählen auch jene Hunderte von Massakern, die deutsche Besatzungstruppen an der Zivilbevölkerung besetzter Länder begingen.

Die deutsche Delegation erklärte im Gerichtssaal, dass man ja versucht habe, die italienische Regierung dazu zu bewegen, eine Umkehr bei der italienischen Justiz zu bewirken. Doch leider habe die sich auf die Unabhängigkeit ihrer Gerichte berufen. Deutschland reklamiert also die Unantastbarkeit seiner staatlichen Souveränität, während es gleichzeitig alles unternimmt, die Souveränität Italiens und seiner Justiz zu unterlaufen: Eine Verkehrung der Tatsachen!

Mit der Klage in Den Haag versucht Deutschland nun, den Internationalen Gerichtshof dafür zu instrumentalisieren, sich von Zahlungsverpflichtungen ein für alle mal zu befreien. Der Prozess hat aus deutscher Sicht den Vorteil, dass die Opfer und damit auch deren anwaltliche Vertretungen nicht beteiligt sind. So bleibt man von den Nadelstichen verschont, welche die griechischen und italienischen Davids dem deutschen Goliath immer wieder beigebracht hatten. Seit 16 Jahren kämpfen die Überlebenden und Angehörigen der Opfer gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner, der es in der Vergangenheit immer wieder schaffte, juristische Erfolge mit dem politischen und ökonomischen Übergewicht einer europäischen Supermacht außer Kraft zu setzen.

Und so hoffte Deutschland vermutlich darauf, dass die italienische Regierung, welche sich unter freiwilligem Druck auf den Prozess in Den Haag einließ, kein allzu ernsthafter Gegner sein würde. Doch ganz ging die Rechnung nicht auf. Die italienische Delegation ließ die Attacken der Deutschen gegen die italienische Justiz vom Montag nicht unbeantwortet. Auf den politischen Generalangriff der Deutschen folgte am Dienstag, dem 13.9., eine dezidierte Darstellung der Säumnisse Deutschlands bei der Entschädigung von NS-Opfern und die hieraus folgenden Konsequenzen. Hatten die deutschen Vertreter noch versucht, die Entschädigungsfrage aus dem Prozess herauszuhalten, so legten die Italiener den Finger in die Wunde. Deutschland habe die Opfer von Kriegsverbrechen nicht entschädigt. Eine Entschädigungspflicht für die von Nazi-Deutschland begangenen Verbrechen, so die italienischen Juristen, sei aber ein zwingendes Gebot des Internationalen Rechts. Daher konnte der Kassationshof in Rom auch gar nicht anders, als den Grundsatz der Staatenimmunität einzuschränken, anderenfalls hätte er die Rechte der Opfer und damit ein widerstreitendes und höherrangiges Rechtsprinzip verletzt.

Deutschland, so die Argumentation der italienischen Delegation, verletze bis heute das Internationale Recht, weil es seiner Entschädigungspflicht nicht nachkomme. Ein Vorwurf, der für wütende Gegenangriffe der deutschen Delegation am Donnerstag, dem 15.9., sorgte. Deutschland habe Milliarden für die Entschädigung von NS-Opfern gezahlt, Deutschland habe Reparationen geleistet und einen Großteil seines Territoriums abgetreten. Der Geist des „Schlussstrichs“ waberte durch den Gerichtssaal. Die Mühe, sich mit der Frage auseinander zu setzen, welche Opfergruppen bis heute ohne Entschädigung geblieben sind, machte man sich nicht. Stattdessen folgte die kaum verhohlene Drohung: Wenn die NS-Opfer sich hier durchsetzen würden, dann könnten ja auch z. B. die deutschen Opfer des alliierten Bombenkriegs die Frage neu aufwerfen, ob hier ein Kriegsverbrechen vorlag und Entschädigungen fordern. Das, so will man suggerieren, könne der Gerichtshof doch nicht ernsthaft wollen.

Dass es Deutschland auch darum geht, für die eigenen Kriegsverbrechen der Gegenwart und Zukunft nicht in die Haftung genommen zu werden, war nicht Gegenstand der Verhandlung. Darauf hinzuweisen, blieb der Protestkundgebung zu Beginn der Verhandlung vor dem Gerichtshof vorbehalten.

Am Freitag, dem 16.9.2011 endete die Verhandlung. Wann ein Urteil gesprochen wird blieb offen, in welche Richtung der Gerichtshof tendiert ebenfalls. Allerdings deuteten die Abschlussfragen einiger Richter darauf hin, dass die Frage der Staatenimmunität nicht völlig isoliert betrachtet werden wird. Es scheint, das Gericht werde die Frage der Entschädigung und den Konflikt

„Doch dem Kreuz dort auf dem Laken
Fehlen heute ein paar Haken
Da man mit den Zeiten lebt
Sind die Haken überklebt.“
(Bertolt Brecht aus „Der anachronistische Zug“)

widerstreitender Normen nicht gänzlich ausblenden. Zu hoffen ist, dass sich der IGH für die Rechte der Opfer und Überlebenden entscheidet. Nur so kann Deutschland gezwungen werden, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Setzt sich Deutschland mit seiner Position durch, würde dies bedeuten, dass es auch in Zukunft nicht befürchten müsste, durch Opfer von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dies wäre ein Rückfall hinter die Prinzipien von Nürnberg, die eine Ächtung von Verbrechen gegen die Menschheit und eine Sanktionierung beinhalten. Die Entscheidung des IGH wird somit weitreichende Auswirkungen für die Frage von Krieg und Frieden haben.

AK-Distomo - Hamburg, den 21.9.2011



Am Freitag, 9. September 2011, fand vor dem Auswärtigen Amt eine Protestkundgebung anlässlich der Klage der Bundesrepublik Deutschland gegen Italien vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag statt. Es sprachen u.a. der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann, hier auch auf dem Foto zu sehen.

The Battle of the Maxes

Baer vs. Schmeling in New York 1933

Bis heute gilt Max Schmeling als DIE deutsche Box-Legende. Aber auch er ließ sich von den Nazis instrumentalisieren und er leugnete die antijüdische Haltung im Sport, in der Gesellschaft und vor allem in der Politik in Deutschland.

Am 8. Juni 1933 trat Max Schmeling im New Yorker Yankee-Stadium gegen den amerikanischen Boxer Max Baer an. Die beiden Schwergewichtler stiegen um das Recht in den Ring, gegen den amtierenden Weltmeister um den Titel zu boxen. Aber Schmeling war nicht nur zum Boxen gekommen, er befand sich auch mit offiziellem Auftrag in den USA. Ende März war Schmeling vom glühenden Box-Fan Adolf Hitler empfangen worden. „Ich habe gelesen, dass sie nach Amerika fahren. ... Vielleicht fragt man sie drüben, wie es in Deutschland aussieht. Dann können sie ja die Schwarzseher beruhigen, wie friedlich hier alles ist und dass alles vorangeht,“ gab Hitler dem ehemaligen Weltmeister mit auf den Weg. Nein, beschied Schmeling unmittelbar nach seiner Ankunft in den USA der Presse, es gebe keine Judenverfolgung in Deutschland. Das deutsche Magazin Box-Sport berichtete: „Max wandte sich sehr energisch gegen die im Ausland verbreitete lügenhafte Greuel-Propaganda und erklärte, dass er keinen Juden kenne, der irgendwie verfolgt oder misshandelt worden sei. Gerade in dem Viertel, in dem ich wohne, gibt es sehr viele Juden, aber weder ich noch sonst jemand von meiner Familie hat etwas von Judenverfolgungen gehört oder gesehen.“

Der Kampf Baer vs. Schmeling bekam so eine ganz besondere Bedeutung. Denn Baer trat mit einem deutlich sichtbaren Davidstern auf der Hose gegen den Vorzeigesportler aus Deutschland an. Vom Sänger Al Jolson wird kolportiert, er habe auf einem der besten Plätze des ausverkauften Stadions getobt: „Come on, Jew-boy! Kill that Nazi!“ Und Baer errang gegen den eindeutig favorisierten Schmeling einen furiosen Sieg durch technischen K.O.

Viel ist damals darüber spekuliert worden, ob Baer tatsächlich Jude war. Nein, der Katholik Baer war kein Jude. Aber er war ein Jude nach den Maßstäben der Nazis – Ein Umstand, der ihm wohl bewusst war. „Mein Vater ist jüdisch, und meine Mutter ist schottisch-irisch, sagte Baer. Ich habe den Davidstern getragen, weil ich dachte, es ist das Richtige, und ich werde ihn in jedem weiteren Kampf tragen.“

Die Nazis schwiegen sich über die heiklen Aspekte des Kampfes aus, weil Ihnen das Ergebnis peinlich war, wie die New York Times registrierte: „Sämtliche Zeitungen ignorieren die Tatsache, dass Schmeling von einem Mann geschlagen worden ist, der in Deutschland als Jude klassifiziert würde. Stattdessen trösten sie sich damit, dass Schmeling von einem ‚Deutsch-Amerikaner‘ besiegt wurde.“ Die Frage, ob Baer Jude war oder nicht, über die auch mancher Schmeling-Biograph orakelt, ist bigott. Der Box-Sport hatte bereits im Vorfeld des Kampfes die offizielle Linie der Nazi-Propaganda vorgegeben, wonach Baer eigentlich kein Jude sei und es nur aus „Reklamegründen“ vorgebe.

Bloß kommerzielles Interesse, das sich die Gunst des jüdischen Publikums mit der Zurschaustellung eines Davidsterns erschleichen möchte? Nein, Baers Solidarität galt jüdischen Sportlerinnen und Sportlern in Deutschland, deren Schicksale wenige Wochen vor dem Kampf gegen Schmeling die Weltöffentlichkeit geschockt hatten. Darunter zuvorderst die Namen einer Sportlerin und zweier Sportler, die eng mit der Berliner Tennis Borussia verbunden sind: Nelly Neppach, Daniel Prenn und Erich Seelig.

Die Borussin Neppach war eine der erfolgreichsten Tennisspielerinnen der 1920er und frühen 1930er Jahre. 1925 wurde sie Deutsche Meisterin. Im folgenden Jahr bereiste sie als erste deutsche Tennisspielerin auf Einladung der französischen Meisterin im Damen-Einzel Suzanne Lenglen das Staatsgebiet des ‚Erzfeindes‘ Frankreich und zog damit den Groll deutscher Nationalisten auf sich. Nelly Neppach ging einen Monat vor dem Kampf Baer vs. Schmeling in den Freitod. Zuvor war der berühmte Tennisspieler Daniel Prenn, mit dem Neppach noch 1927 für die Berliner Tennis Borussia gespielt hatte, aus dem deutschen Davis Cup-Team ausgeschlossen worden. Am 11. April war die jüdische Mitgliedschaft von Tennis Borussia unter ungeklärten Umständen aus dem Verein ausgetreten und Anfang Mai hatte schließlich der Deutsche Tennis Bund seinen Sport für „judenfrei“ erklärt. Damit war die begeisterte Sportlerin Nelly Neppach vom sportlichen Alltag isoliert. Ihr Freitod erregte international Aufmerksamkeit. Die New York Times etwa berichtete am 8. Mai, das „Vordringen der Naziideologie in den deutschen Tennissport“ sei nach Meinung von Freundinnen und Freunden der Grund für ihren Selbstmord gewesen.

Der Deutsche Boxverband hatte schon am 25. April den Rauswurf aller seiner jüdischen Angehörigen mitgeteilt. Dies betraf auch den Borussen Erich Seelig. Seelig erboxte sich 1931

den deutschen Titel im Mittelgewicht, im Februar 1933 folgte der Titel im Halbschwergewicht. Die Nazis entzogen mit dem Ausschluss vom 25. April dem frischgebackenen Deutschen Meister in gleich zwei Gewichtsklassen beide Titel. Sie bedrohten sein Leib und Leben, sollte er dennoch zur Titelverteidigung antreten wollen. Seelig floh noch im April 1933 nach Paris und emigrierte schließlich in die USA. Auch der Fall Seelig erregte weltweit Aufmerksamkeit. Die einflussreiche Box-Zeitschrift The Ring Magazine empörte sich in eben jener Ausgabe, deren Titelblatt den Kampf Baer vs. Schmeling ankündigte: „Zum ersten Mal in der Geschichte des Boxens sprach eine nationale Sportorganisation einem Sportler seinen Titel wegen seiner Religion ab. (...) Der Deutsche Boxverband erschütterte die gesamte Boxwelt mit seinem Bann gegen Seelig.“

Die Geschichten von Neppach, Prenn und Seelig zeigen, dass Max Schmeling gegenüber der Presse schamlos log, sie haben den Blick der Weltöffentlichkeit und eben auch Max Baers für das Schicksal der Jüdinnen und Juden im gerade entstehenden Nazi-Deutschland geschärft. Im Rückblick ist der frühe Zeitpunkt auch deshalb interessant, weil er die Mär vom anfänglich friedliebenden ‚Dritten Reich‘, das zwar eine rassenpolitische Agenda hatte, diese aber zunächst mit ‚humanen‘ Mitteln umzusetzen suchte, als solche entlarvt. Die Nazis sind von Anfang an, gerade auch im Alltag, mit brutalen Mitteln gegen ‚Juden‘ (und alle, die ins Feindbild fielen) vorgegangen und konnten dabei auf breite Unterstützung aus der Gesellschaft zählen.

Max Baer ging bei seinem Kampf gegen Schmeling mit einem Furor zu Werke, der bis heute im Boxsport seinesgleichen sucht. „That one’s for Hitler!“, zischte der Kalifornier bei einem der wichtigen Schläge in der zehnten Runde, die Schmeling schließlich den Rest gaben.

Die vollständige Version des Textes ist in Kürze auf www.geschichten.tebe.de zu lesen.





„Und jeder wusste um das Schicksal dieser verfolgten Juden“

Am 10. Oktober 2011, knapp eine Woche vor dem 70. Jahrestag der ersten Deportation von Jüd_innen aus Berlin, wurden auf Initiative einer Hausgemeinschaft in der Krefelder Straße 20, drei Stolpersteine verlegt. Etwa 30 Moabiter_innen waren gekommen, um der Verlegung beizuwohnen. Wir dokumentieren die Rede von Dr. Wolfgang Krüger, der in dem Haus lebt und eine Praxis betreibt:

Das Leben in Moabit wurde vor über 80 Jahren durch jüdische Mitbürger - Ärzte, Künstler, Rechtsanwälte, Lehrer aber auch kleine Angestellte und Arbeiter - vielfältig bereichert. Dieses lebendige jüdische Leben wurde ab 1933 zerstört:

- jüdische Geschäfte wurden geplündert, Arztpraxen boykottiert.
- 1935 wurden die Nürnberger Gesetze eingeführt, die Sexualität zwischen Juden und Nichtjuden unter Strafe stellten.
- 1938 organisierten die Nazis die sog. Reichskristallnacht. Deutsche Antisemiten zündeten zahlreiche Synagogen an und plünderten Geschäfte.
- 1941 wurde der gelbe Stern eingeführt und die Deportationen der Juden begannen.

Wir gedenken heute drei Opfern aus unserem Haus.

Einen Tag vor ihrem 63. Geburtstag wurde Else Cohn zusammen mit ihrer Tochter Gerda Cohn, 37 Jahre alt, deportiert. Beide waren sehr arm. Die von ihnen erzwungene Inventarliste umfasst u. a. sechs Handtücher, einen Wintermantel sowie einen Sommermantel. Sie wurden vom Bahnhof Grunewald mit dem Zielort Riga deportiert. Die Fahrt dauerte fünf Tage im Güterwagen bei eisiger Kälte. Von über 1000 Menschen überlebten nur 13 den Transport.

Wir beklagen ebenso das Schicksal von James Rosenthal. Er war 50 Jahre alt, als er nach Auschwitz deportiert wurde. Rosenthal war ein einfacher Arbeiter, der in einer Schneekettenfabrik in der Kurfürstenstraße arbeitete und hier im Haus lebte. Er kam dann aber in die Gotzkowskistraße in ein sog. Judenhaus, wo Juden auf engem Raum zusammenleben und auf ihre

Deportation warten mussten. In seiner erzwungenen Vermögenserklärung gibt er an: zwei Übergardinen, einen Tisch und 25 Kilo Kartoffeln. Zum Zeitpunkt seiner Deportation war er mit Herta Sara, geboren in Genthin, verheiratet. Wir gehen davon aus, dass er in dieser schwierigen Zeit heiratete. Vielleicht war dies auch eine Antwort auf das Grauensvolle, vielleicht wollten sie zusammenhalten. Vor der Deportation kam Rosenthal in die Synagoge in der Levetzowstraße, dort war ein Sammellager eingerichtet. Die Marschkolonnen mit den jüdischen Menschen wurde dann zu Fuß - von der SS bewacht - zum Güterbahnhof Moabit gebracht. Es war der 33. Osttransport, über 1700 Menschen wurden nach Auschwitz transportiert, ca. 1000 wurden sofort nach der Ankunft selektiert und in die Gaskammern geschickt.

Was mich besonders erschüttert hat: Ich wusste schon früher einiges über die Judenverfolgung, aber die Nachforschung in unserem Haus zeigte mir:

Es waren unsere Nachbarn, die hier ermordet wurden. Else und Gerda Cohn lebten im Gartenhaus im 2. Stock in einer kleinen Zweizimmerwohnung mit Blick auf den Innenhof. Und jeder wusste um das Schicksal dieser verfolgten Juden. In der Bäckerei hier gegenüber kauften die jüdischen Mitbürger zwischen 16 und 17 Uhr ein. Man erkannte sie am gelben Stern. Wenn die SS wieder eine Marschkolonnen von der Synagoge in der Levetzowstraße zum Güterbahnhof brachte, dann liefen sie vorbei an der christlichen Kirche über die Kreuzung Krefelderstr./Alt-Moabit.

Gestern erzählte mir ein interessierter Optiker aus der Turmstraße, er habe Herrn Rosenthal und seine Frau noch erlebt. Sie seien eng beieinander verängstigt durch die Straßen gegangen. Sie hätten versucht, den Judenstern zu verbergen. Die Judenverfolgung war Teil unseres Alltags, sie spielte sich unter den Augen der Bevölkerung ab.

Was mich auch bewegt hat, ist die Tatsache, dass wir lange suchen mussten, bevor wir überhaupt etwas über die drei deportierten Mieter erfuhren. In den Hausakten des Bezirksamts sind die Jahre 1939-45 nicht enthalten, die Mieterakten sind verschwunden – es ist gleichsam so, als wären alle Erinnerungsspuren an diese

drei Mieter ausgelöscht. Und erst allmählich bekamen wir durch unsere Nachforschungen einen kleinen Einblick in ihr Leben. Das war wichtig für uns, denn in einem jüdischen Gebet heißt es:

„Solange wir leben, werden sie auch leben,
denn sie sind nun ein Teil von uns,
wenn wir uns an sie erinnern.“

Die Stolpersteine sollen uns immer an diese drei Menschen erinnern und uns veranlassen, darüber nachzudenken, wie wir heute ein solches Grauen verhindern können. Unweigerlich stellt sich die Frage, was wir heute tun müssen, um rechten Kräften Einhalt zu gebieten.

Lassen sie mich zum Schluss noch eines sagen: Das Erforschen der Spuren dieser jüdischen Mitbürger war fast unerträglich. Es gab eine grauenhafte Normalität der Judenverfolgung. Die Deportationszüge hatten feste Abfahrts- und Ankunftszeiten. Und als in der leerstehenden Wohnung der Cohns die Wasserleitungen einfroren, gab es für die Hausverwaltung nur eine Frage: Wer bezahlt den Schaden für diese Judenwohnung? So stand es im Schriftverkehr mit den Behörden.

Aber es gab auch Zeichen der Hoffnung, wie die in Moabit sehr zahlreichen Widerstandsgruppen, vor allem unter den Sozialdemokraten und den Genossen der KPD. Und es gab einzelne Menschen, die den Mut hatten, den Verfolgten zu helfen. Erwähnt sei hier nur der Arzt Dr. Helmy. Er war Ägypter und lebte in der Krefelder Straße 7. Er verlor 1937 aufgrund einer Denunziation seine Assistentenstelle am Robert-Koch-Krankenhaus. Obwohl er ein halbes Jahr in Haft war, kümmerte er sich in den Vierziger Jahren um verfolgte Juden, besorgte illegale Quartiere, betreute Untergetauchte medizinisch und beschaffte Lebensmittel. Überlebende rühmten ihn als einen wunderbaren Menschen.

Mich hat das Schicksal der drei jüdischen Mieter Else und Gerda Cohn sowie James Rosenthal nachdenklich gemacht. Ich habe mich gefragt: Hätte ich den Mut gehabt, so zu handeln wie dieser Arzt Dr. Helmy?



Gedenken an den Beginn der Deportationen von Jüd_innen aus Berlin vor 70 Jahren



Koffer eines deportierten jüdischen Ehepaares in Auschwitz

Am 18. Oktober 1941, vor 70 Jahren, verließ der erste Berliner „Osttransport“ mit 1.089 jüdischen Menschen den Bahnhof Grunewald in Richtung des Ghettos Litzmannstadt. Am 16. Oktober hatte die Gestapo mit Einweisungen in das Sammellager Levetzowstraße, eine ehemalige Synagoge, begonnen. Im Anschluss mussten die Jüd_innen »in einem langen Zug durch die Stadt laufen«, wie Hildegard Henschel, die Ehefrau des letzten Berliner Gemeindevorsitzenden, später schrieb. »... abgeholt!« wurde zum Inbegriff für Deportation. Bis zum 27. März 1945 folgten weitere Verschleppungen in den Osten. 55.000 der 160.000 Mitglieder der Berliner jüdischen Gemeinden fielen dem NS-Vernichtungsprogramm zum Opfer.

Die staatliche Eisenbahn war eine von vielen Verwaltungen, welche die antisemitische Politik des Deutschen Reiches umsetzte. So wurden seit dem Beginn des Krieges im September 1939 Jüd_innen im besetzten Polen mit Hilfe der Eisenbahn „umgesiedelt“. Großdeportationen aus dem Deutschen Reich begannen im Oktober 1939 in Wien und Kattowitz, sie endeten östlich von Lublin in Nisko am San. Die Deportation der Berliner Jüd_innen folgte dem Muster der übrigen „Judentransporte“ aus dem Deutschen Reich. Die meisten Zuginsassen wurden bald nach ihrer Ankunft ermordet.

Die eigennützige Beteiligung der Bahn an diesen Verbrechen reicht aber weiter zurück: In den Jahren 1933 und 1935 wurden sämtliche jüdischen Beschäftigten bei der Reichsbahn entlassen. Bald darauf wurde Jüd_innen die Benutzung der Eisenbahn verboten. Allein im Oktober 1938 transportierte die Reichsbahn weit über 12.000 polnische Jüd_innen an die damalige deutsche Ostgrenze. Nach den Pogromen im November 1938 brachte sie etwa 25.000 jüdische Männer mit Sonderzügen in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen.

Sämtliche Deportationen erfolgten auf Weisung Adolf Hitlers und Heinrich Himmlers, sie wurden von Adolf Eichmann geplant und auf Bestellung der Gestapo von der Deutschen Reichsbahn durchgeführt. Die Verkehrsverwaltung war während des Zweiten Weltkriegs vor allem mit Zugfahrten für die Kriegswirtschaft, für das Militär und die Arbeitskräfte im Deutschen Reich beschäftigt. Sämtliche durchgeführten Transporte wurden für die Gestapo zu einem ermäßigten Tarif abgerechnet.

Die „Judentransporte“ aus Berlin gingen nacheinander vom Bahnhof Grunewald und vom Güterbahnhof Moabit ab. Dort stehen inzwischen auch Mahnmale zur Erinnerung an die Deportationen. Die Mehrzahl der Transporte mit älteren Menschen nach Theresienstadt wurde am Anhalter Personenbahnhof abgefertigt, wo nichts mehr an diese historischen Vorgänge erinnert.

Antifaschistische Initiative Moabit

Jüdisches Leben in Friedrichshagen und dessen Auslöschung durch die Nazis

STADTRUNDGANG

„Jüdisches Leben in Friedrichshagen“
12.11.2011, 16 Uhr, Bölschestr. 20,
vor dem Bölschekclub,
Nähe S-Bahnhof Friedrichshagen

Friedrichshagen: ein beschauliches Fleckchen im Berliner Bezirk Trepow-Köpenick, bis heute bekannt durch seine Maulbeerbäume und seine Dichter. Doch das Örtchen am Müggelsee kann auf eine vergessene Geschichte jüdischen Lebens zurückblicken. Eine Geschichte, der die Nazis ein Ende setzen wollten.

Schon seit 1812 lebten Jüdinnen und Juden im Raum Köpenick. Weil mehr und mehr Menschen jüdischen Glaubens nach Köpenick und die umliegenden Orte zogen, gründete sich am 30. August 1889 die „Synagogen-Gemeinde Coepenick und Umgebung“, der damals auch acht jüdische Haushalte aus Friedrichshagen angehörten. Die Köpenicker Gemeinde (1913 ca. 1.200 Gläubige) schloss sich 1930 der jüdischen Gemeinde Berlin an.

In Friedrichshagen selbst existierten nur wenige jüdische Organisationen und Vereine, wie der 1908 gegründete jüdische Ruderclub „Ivria“. Trotzdem lebten und arbeiteten hier viele jüdische Bürger_innen. Nur wenige Wochen nach der Machtübernahme der Nazis, es war der 1. April 1933, kam es auch in Friedrichshagen zum antisemitischen Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Kanzleien. Der in Friedrichshagen wohnende Justizrat Selmar Schlesinger wurde von seiner Arbeit vertrieben. Im Juni erreichte der Terror der SA mit der „Köpenicker Blutwoche“ seinen vorläufigen Höhepunkt, bei dem auch etliche jüdische Bürger_innen in SA-Heime und Sturmlokale verschleppt wurden. In Friedrichshagen trieb der SA-Sturm 33 sein Unwesen und durchkämmte die Häuser auf der Suche nach politischen Gegner_innen sowie Jüdinnen und Juden. Auch Meinhard Moses wurde im SA-Heim am Müggelseedamm schwer misshandelt, woraufhin er mit seiner Familie nach Tel Aviv emigrierte. In den folgenden Jahren wurden Jüdinnen und Juden mehr und mehr aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängt. Geschäfte, Kaufhäuser, Arztpraxen und Fabriken wurden „arisiert“. Justizrat Schlesinger durfte ab 1937 nicht mehr als Notar arbeiten.

Die Schneiderei von Georg Grohs wurde während der Pogromnacht 1938 geplündert. Nach der „Arisierung“ flüchtete die Familie Grohs nach Shanghai. Auch Irmgard und Paul

Holzmann versuchten mit ihrem Kind Wolfgang, nach China zu entkommen. Jedoch wurden sie 1943 von den Nazis verhaftet und ins Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Sofort nach der Ankunft wurden Irmgard und Wolfgang in der Gaskammer ermordet. In Auschwitz musste Paul Zwangsarbeit leisten, bis das KZ durch den Vormarsch der Roten Armee von der SS „geräumt“ wurde. Paul wurde mit vielen Anderen in Viehwaggons abtransportiert. Hier versuchte er zu flüchten, was leider missglückte. Er kam ins KZ Theresienstadt, wo er, an Typhus erkrankt, 1945 befreit wurde. Als einer von wenigen jüdischen Überlebenden kehrte er nach Friedrichshagen zurück, wo er wieder als Schneider arbeitete, erneut heiratete und einen Sohn bekam. Trotzdem litt er Zeit seines Lebens unter den psychischen Folgen.

Alice Leske, deren Vater jüdischen Glaubens war, hatte als Lehrerin gearbeitet und lebte nun als Rentnerin in Friedrichshagen. Auch sie wurde 1943 deportiert. In einem Schreiben des Einwohnermeldeamtes vom 22. September 1943 heißt es nur zynisch: „Alice Sara Leske, 14.4.84, ist am 13.1.1942 von Bruno-Wille-Straße 108 nach Riga abgemeldet.“ Ihr gesamtes Vermögen wurde von den Nazis geraubt. Ihre Schwester Clara wurde 1942 ins KZ-Außenlager Trawniki deportiert. Zuvor lebte sie im Altenheim am Müggelseedamm 112. Die meisten Heimbewohner_innen wurden durch die „Nürnberger Rassegesetze“ als „jüdisch“ deklariert. Die Nazis deportierten und ermordeten 16 von ihnen. Nur zwei Bewohner_innen gelang die Emigration.

1945 lebten nur noch etwa 100 Jüdinnen und Juden in ganz Köpenick. Nie wieder entwickelte sich ein öffentlich wahrnehmbares jüdisches Leben in Friedrichshagen.

Zum Weiterlesen:

Gerd Lüdersdorf: *Es war ihr Zuhause. Juden in Köpenick, Berlin 1998.*

Antifaschistisches Bündnis Südost

Hitler und Stalin - „Bruder Todfeind“?

Am 22. Juni 2011 jährte sich zum 70. Mal der deutsche Überfall auf die Sowjetunion und damit die endgültige Eskalation des 2. Weltkrieges zum Vernichtungskrieg, dem vor allem in Osteuropa Millionen von Menschen zum Opfer fallen sollten und dessen Auswirkungen dort immer noch stärker zu spüren sind, als im Land der Täter.

Für die in den letzten 20 Jahren wiederbelebte Totalitarismuskritik, die die qualitative Gleichheit des deutschen Nationalsozialismus und des real existierenden Sozialismus sowjetischer Prägung behauptet, ist dies nur das Duell „Hitler gegen Stalin“, der Kampf gegen den „Bruder Todfeind“ (Spiegeltitel 24/2011). Dabei ist für die AnhängerInnen der Totalitarismuskritik der 23. August 1939, der Tag des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, wesentlich bedeutsamer als der 22. Juni 1941. Dieser Pakt, mit dem Deutschland und die Sowjetunion ihre Interessensphären in Mitteleuropa absteckten und der zur Teilung und Besetzung Polens führte, dient ihnen als Beweis dafür, es mit zwei gleichartigen Diktaturen und Ideologien zu tun zu haben, die beide nur im Sinn hatten, die Länder Mitteleuropas zu unterjochen.

Vor allem in den letzten drei Jahren konnte eine entsprechende Deutung der europäischen Geschichte wichtige politische Erfolge feiern. Während sich das Europäische Parlament bezogen auf Deutschland 1992 noch gegen erste Versuche wehrte, die Totalitarismuskritik zur Grundlage der Gedenkstättengestaltung zu machen, hat sich dies seit dem EU-Beitritt der mitteleuropäischen Staaten deutlich geändert. Im Juni 2008 fand in Prag, unterstützt von der tschechischen Regierung, die Konferenz „European Conscience and Communism“ statt, auf der die gleichnamige Erklärung, kurz „Prague Declaration“, verabschiedet wurde. Diese fordert, die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus zur Grundlage europäischer

Geschichtspolitik zu machen und legt einen detaillierten Maßnahmenkatalog dafür vor. Ihre Inhalte wurden mit der „European Parliament Resolution of 2. April 2009 on European Conscience and Totalitarianism“ und der Einführung des 23. Augusts als antitotalitären europäischen Gedenktag zur Basis europäischer Geschichtspolitik erklärt und haben seither, vor allem auf Initiative der mitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten, Eingang in eine Vielzahl von EU-Programmen und Maßnahmen gefunden.

Dieser Entwicklung wird seit einiger Zeit verstärkt Aufmerksamkeit seitens antifaschistischer Medien und Gruppen gewidmet. Dass nicht nur in Osteuropa und auf europäischer Ebene eine antitotalitaristische Geschichts- und Gedenkstättenpolitik Erfolge feiert, zeigt das Beispiel des früheren Frauenzuchthauses Cottbus, in dem während des 2. Weltkrieges viele Frauen aus dem europäischen Widerstand, aber auch viele wegen Wehrkraftzersetzung verurteilte Frauen inhaftiert waren und dass nach 1945 als Gefängnis weitergenutzt wurde.

Dort konnte im Mai 2011 der Verein Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. mit Mitteln des Landes und des Bundes das leerstehende Gefängnis erwerben und plant nun, auf dem Gelände des ehemaligen Zuchthauses eine Gedenkstätte zu errichten. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist dabei, wie der CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. Dieter Dombrowski auf seiner Website informiert, die „Schaffung einer Bildungs- und Begegnungsstätte zur Erinnerung an das Schicksal politischer DDR-Häftlinge in Cottbus“.

Zwar verkündet der Verein auf seiner Homepage, dass es sein „Ziel ist ... die Geschichte der Haftanstalt sowohl während der nationalsozialistischen als auch der realsozialistischen Diktatur zu präsentieren.“ Welche Rolle dabei der NS-Zeit zukommen wird, lässt sich erahnen, wenn man sieht, dass diese dort

unter der Überschrift „Kurze Geschichte des Zuchthauses Cottbus“ folgendermaßen erschöpfend gewürdigt wird: „Das im Jahr 1860 eröffnete Gefängnis war immer normaler Strafvollzug. In der Nazizeit und in der SBZ- und DDR-Zeit wurde es jedoch zunehmend als politisches Gefängnis benutzt.“

Kritik an der Behandlung von Strafgefangenen in der DDR, die eben gerade nicht den Ansprüchen einer aufgeklärten, progressiven Kriminalpolitik entsprach, ist nur allzu berechtigt und soll auch öffentlich dargestellt werden. Doch die Rolle, die das Gefängnis als Frauenzuchthaus von 1939 bis 1945 spielte, als Werkzeug der Unterdrückung des europäischen antifaschistischen Widerstandes, eingebunden in das System der Konzentrations- und Vernichtungslager, ist keineswegs mit der des DDR-Gefängnisses zu vergleichen.

Eine Gedenkstätte an diesem Ort durchzusetzen, die an den Widerstand und das Leiden der hier von 1939-45 inhaftierten Frauen erinnert, ohne es für antitotalitäre Ideologiebildung zu instrumentalisieren, wird schwierig werden. Denn wie der „Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.“ stolz betont: „Keine Landesstiftung und kein Stiftungsrat bestimmen über die Geschicke des Vereins und der Gedenkstätte, sondern nur der Vereinsvorstand.“

Marek Winter, VVN-bda Potsdam

Vor 70 Jahren - Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und Jüd_innen

Am 22. Juni 1941 überfielen die faschistische Wehrmacht und ihre verbündeten Armeen die Sowjetunion. Für die Schaffung von „Lebensraum“ für das deutsche Volk „ohne Raum“ wurde der Krieg von vorneherein als Vernichtungskrieg gegen die sowjetische Bevölkerung geführt. Dabei hatte die jüdische Bevölkerung höchste Priorität. Auch die „slawische“ Bevölkerung sollte im großen Maße vertrieben, versklavt und ermordet werden. Die wirtschaftlichen Ressourcen wurden der deutschen Kriegswirtschaft einverleibt, Lebensmittel nach Deutschland abtransportiert, die Bevölkerung dem Hungertod ausgesetzt.

Drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden systematisch in Deutschland und der Sowjetunion durch Hunger, Zwangsarbeit und Massenexekutionen ermordet. Als jüdisch identifizierte Soldaten wurden bei der Gefangennahme häufig sofort erschossen. Der Krieg wurde nicht nur ideologisch gegen das so genannte „jüdisch-bolschewistische“ System geführt, sondern auch ganz praktisch.

Sofort nach dem Einmarsch in die Sowjetunion führten hinter der Front die sogenannten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, Sondereinheiten der SS, Waffen-SS und der Polizei systematische Massenerschießungen von Jüd_innen durch. Wie schon zuvor in Polen, wurde in Kiew (Babi-Jar), bei Wilna (Ponary), Riga, Minsk und an ungezählten anderen Mordfeldern die jüdische Bevölkerung vor die Gewehrläufe getrieben. Der Kommissar-Befehl der Wehrmacht, nach dem Polit-Kommissare der Roten Armee ausnahmslos zu erschießen seien, die exzessive „Vergeltung“ für tatsächliche oder vermeintliche Partisan_innenaktionen, bei denen Bewohner_innen ganzer Landstriche ermordet wurden, waren nicht die Ausnahme, sondern die Regel der deutschen Kriegsführung. Am 10. Oktober 1941 rief Generalfeldmarschall Reichenau im „Reichenau-Befehl“ seine Soldaten unverhohlen zur Ermordung von Jüd_innen auf:

„Der Soldat muss für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben. Sie hat den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt wurden, im Keime zu ersticken.“

Durch die mobilen Mordaktionen der Deutschen in Polen, Jugoslawien und der Sowjetunion wurden annähernd so viele Jüd_innen wie in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern ermordet. Allein auf dem Gebiet der Sowjetunion wurden etwa 1.500.000 Jüd_innen getötet. Die deutsche Besatzungsmacht löschte das osteuropäische Judentum fast gänzlich aus. Die jüdischen Siedlungen, Dörfer, Städte – die Schtetel – in Polen, Weißrussland, der Ukraine und in den baltischen Republiken gibt es nicht mehr. Bedeutende Zentren des jüdischen Lebens, wie Wilna, Breditschew, Lwow u.a. wurden zerstört. Die Vernichtungslager Auschwitz, Sobibor, Treblinka, Majdanek und Belzec befanden sich in den von der deutschen Wehrmacht besetzten ostpolnischen Gebieten.

In der Sowjetunion stieß die Wehrmacht, durch die von Stalin verursachte Desorganisation der Roten Armee, anfangs oft nur auf geringen Widerstand. Erst kurz vor Moskau gelang es, den Vormarsch zu stoppen. Nach anfänglichen entsetzlichen Niederlagen gelang es der sowjetischen Führung in einer beispiellosen Kraftanstrengung, kriegswichtige Industrieanlagen hinter den Ural zu transportieren, Armeeeinheiten neu aufzustellen und sich moderner auszurüsten. Die deutschen Soldaten konnten anfangs vielerorts, in der Ukraine, in Belorussland und im Baltikum auf die Kollaboration und antisowjetische Einstellung von Teilen der Bevölkerung setzen und inszenierten zahlreiche antijüdische Pogrome unter breiter Beteiligung der Einheimischen. So wurde der Judenmord in Litauen größtenteils von der litauischen Polizei durchgeführt. Doch die brutale Vernichtungspolitik der deutschen Besatzung führten dem überwältigenden Teil der sowjetischen Bevölkerung die wahren Absichten vor Augen. Der Widerstand der Roten Armee, der Partisan_innen und der sowjetischen Bevölkerung warf die deutsche Besatzung unter ungeheuren Verlusten zurück, 20 Millionen Sowjetbürger_innen und -soldat_innen hat der Vernichtungskrieg das Leben gekostet.

200.000 der etwa 500.000 Jüd_innen, die in der sowjetischen Armee dienten, fielen im Krieg. 60.000 jüdische Soldat_innen erhielten Auszeichnungen, 145 wurden als Held_in der Sowjetunion geehrt. Zwischen 10.000 und 20.000 Jüd_innen beteiligten sich aktiv an der Partisanenbewegung, so Abba Kovner, Jitzhak Wittenberg und die Bielski-Partisan_innen. Nach der Rückgewinnung der besetzten Gebiete wurden die meisten jüdischen Parti-

san_innen von der Roten Armee mobilisiert und beteiligten sich an der Schlacht um Berlin. Schon während der russischen Revolution sahen sich die Bolschewiki gezwungen, auch den Kampf gegen Antisemitismus zu führen. In Russland, der Ukraine und Baltikum hatte der Antisemitismus eine lange Tradition. Misstrauen gegenüber Jüd_innen und bisweilen offener Antisemitismus gehörten weiterhin zum Alltag in der Sowjetunion. Doch unter dem Eindruck des deutschen Überfalls wurden diese Vorbehalte vorerst zurückgestellt. 1941 wurde von dem berühmten Theaterschauspieler Solomon Micho'els, dem Schriftsteller Ilja Ehrenburg und dem Filmemacher Sergej Eisenstein das Jüdisch-Antifaschistische Komitee (JAFK) gegründet. Das Komitee versuchte, weltweit die jüdische Unterstützung und Solidarität im Kampf gegen die Nazis zu organisieren. In einem Ihrer Manifeste hieß es:

„Briders un Shwester, jidn vun der ganze Welt! Brüder, Juden Englands! Euer großes demokratisches Land kämpft zusammen mit der Sowjetunion für die Vernichtung des Faschismus. Ich glaube, dass ihr Euch in den ersten Reihen dieser Kampffront finden werdet. Brüder, Juden der USA und ganz Amerikas! Ich bin überzeugt, dass ihr unter den ersten sein werdet, die zur schnelleren Verwirklichung der amerikanischen Hilfe beitragen werden. Jüdische Mutter! Gib Deinem Sohn den Segen und schick ihn in den Kampf gegen den Faschismus, und sollte es nur Dein einziger Sohn sein.“ Solomon Micho'els 1941“ (zit. n. Arno Lustiger)

Nach 1945 wurde das JAFK zunehmend isoliert und 1948 schließlich aufgelöst. Seine Mitglieder wurden Anfang 1949 verhaftet und 15 von ihnen im Juli 1952 hingerichtet. Die persönlichen und politischen Verbindungen bzw. Beziehungen, die sie geknüpft hatten, wurden ihnen nun mit einem deutlich antisemitischen Zungenschlag als „Kosmopolitismus“ und damit Staatsfeindschaft ausgelegt. Der Mord an den Jüd_innen durch Nazideutschland wurde in der Rezeption des „Großen Vaterländischen Krieges“ nur am Rande erwähnt. Jahrzehntelang wurde die Beteiligung jüdischer Veteran_innen am antifaschistischen Kampf in der Sowjetunion verschwiegen.

Antifaschistische Initiative Moabit

Sozialchauvinismus: Ideologie der sozialen Ausgrenzung

Was ist eigentlich Sozialchauvinismus?

Arbeitslosen wird unterstellt, sie lebten in spätromischer Dekadenz, würden den ganzen Tag nur saufen, rauchen und fernsehen und zudem an Übergewicht leiden. Außerdem seien sie unfähig, ihre im übrigen viel zu zahlreichen Kinder zu erziehen. Statt sich über gekürzte Bezüge zu beklagen, sollen sie lieber die Heizung runter drehen. Und wenn sie mal zum Friseur gehen und sich rasieren würden, bekämen sie auch schnell einen Job. Währenddessen behauptet ein Fernsehphilosoph, dass mittlerweile die Reichen von den Armen ausgebeutet werden. Auf anderen Programmen wird Armut personalisiert zur Schau gestellt, so dass sich die Zuschauer_innen in ihrer eigenen Misere gleich ein Stück besser fühlen. Vom Bundestag bis zum Stammtisch, von BILD bis FAZ – alle beteiligen sich an der Hetze gegen sogenannte „Sozialschmarotzer“. Wer in der Schule zu schlecht ist, keine Arbeit hat oder länger als 10 Semester studiert, gehört bestraft – so lautet der Tenor des Sozialchauvinismus.

Und woher kommt das?

Der Aufstieg des Kapitalismus, inklusive Privateigentum und Lohnarbeit, ging geschichtlich einher mit dem der bürgerlichen Ideologie. Diese verteidigte von Anfang an die Konkurrenz der Individuen nicht nur als natürliche, sondern auch einzig vernünftige Weise des Zusammenlebens.

Die mit jener Konkurrenz einhergehende Vereinzelung der Individuen wurde zum positiven Leitbild: jeder ist seines eigenen Glückes Schmied. Der Staat soll das Privateigentum der Einzelnen schützen und die rechtliche Chancengleichheit im allumfassenden Wettbewerb gewährleisten. Wenn alle gleich, also „gerecht“ behandelt würden, sollte es mit genügend Anstrengung jeder schaffen können seinen Reichtum zu mehren – und damit den Reichtum der gesamten Gesellschaft.

Doch in der Praxis geht diese Rechnung nicht auf. Denn jene Gerechtigkeitsvorstellung – heute auch als Leistungsgerechtigkeit beworben – unterstellt eine faktisch nicht gegebene Gleichheit der Individuen. Während einer über

Landbesitz und Produktionsstätten verfügt und nur einen Teil davon in die Waagschale werfen muss um seinen Reichtum zu vervielfachen, hat die andere nur ihre Arbeitskraft, die sie täglich für ihren Lebensunterhalt veräußern muss. „Leistung soll sich lohnen“ ist nämlich nicht nur ein Versprechen, sondern auch eine Drohung: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Dazu kommt, dass sich das Versprechen in der Marktwirtschaft keineswegs immer erfüllt. Denn der produzierte Wert bemisst sich erst im Nachhinein – durch den Tauschakt beim Kaufen und Verkaufen. So passiert es ständig, dass Arbeitskräfte überflüssig und in die Armut entlassen werden. Ob als Bruttosozialprodukt oder Wachstumsrate – auch wenn der gesamtgesellschaftliche Reichtum noch so steigt, die Existenz einer relativ verarmten Masse bleibt bittere Notwendigkeit.

Trotzdem empfindet der sich zur Arbeit Schleppe den Anblick des biertrinkenden Arbeitslosen als empörend. Der Grund ist der Neid auf dessen, sei es auch unfreiwillige, Befreiung vom Zwang zur Lohnarbeit und damit vom fremden Kommando über das eigene Leben. Dem Kommando, dem er sich zur Sicherung der eigenen Reproduktion unterwerfen muss. Dass der andere auch ohne Arbeit noch irgendwie leben kann, findet er ungerecht. Als „ehrlicher Arbeiter“ kann er sich von solchen „Schmarotzern“ – dem Pöbel, den zu Nicht-Bürgern erklärten – abgrenzen. Der Sozialstaat hebt dieses Problem nicht auf, sondern verschiebt es nur. Mittels der Sozialversicherung wird die Idee der ehrlichen Arbeit in die Zeiten der Arbeitslosigkeit hinein verlängert: der ALG-1-Bezieher lebt von seinen vorher gezahlten Beiträgen, der ALG-2-Bezieher liegt dem Steuerzahler auf der Tasche.

Hetze für den Standort

Wenn Personen oder Gruppen aufgrund ihres sozialen Status derart abgewertet werden, geschieht dies meist, explizit oder implizit, im Namen der nationalen Gemeinschaft. Die Geächteten würden nichts zum allgemeinen Wohl beisteuern, seien „unproduktiv“ und liegen „uns“ auf der Tasche. Mit den verbalen Ausfällen verschärfen sich die politischen Maß-

nahmen. Hartz-IV-Empfänger_innen werden einem immer härteren Kontroll- und Sanktionsregime unterworfen, bekommen kulturelle Teilhabe in Gutscheinform und werden zur „gemeinnützigen“ Arbeit in Form von I-Euro-Jobs gezwungen. Alle sind sich einig, dass es sich um Unfähige und Arbeitsverweigerer handelt. „Fördern und Fordern“ heißt: Die Unfähigen sollen erzogen und die Verweigerer bestraft werden.

So werden auch die, die noch Arbeit haben, diszipliniert. Von Abstiegsängsten geplagt akzeptieren sie eine Vielzahl von „Reformen“, die ihre Verwertbarkeit für Staat und Nation optimieren sollen. Sinkende Löhne, die Unterhöhung von Tarifrecht und Kündigungsschutz, Minijobs und Leiharbeit, steigendes Rentenalter und die Abschaffung der Gesundheitsfürsorge. Doch anstatt sich zu wehren, beten die meisten Betroffenen selbst das Lied von der Sicherung des Wirtschaftsstandortes nach. Im Zweifelsfall ist in der bürgerlichen Gesellschaft eben nicht nur jede_r für sich selbst, sondern auch jede_r Einzelne für die Nation verantwortlich.

Nicht zuletzt bietet die Identifikation mit Deutschland für viele eine Sinnstiftung im tristen Alltag der Lohnarbeit. Und wenn in rassistischer Manier etwa Flüchtlinge der gezielten Ausnutzung des Sozialstaats bezichtigt werden, kann sich auch der bemitleidenswerteste Abstammungsdeutsche überlegen fühlen.

Für ein Ende des ganz normalen Wahnsinns!

Die Hetze auf die unvermeidlichen Verlierer des Kapitalismus ist Teil der Ideologie, die ihn zu rechtfertigen versucht. Außerdem ist sie Teil der institutionellen Praxis des Sozialstaats. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, verschärft sich das Ressentiment in Zeiten wirtschaftlicher Krise ebenso wie der institutionelle Druck – die Zahl der Sanktionen steigt. Um dem zu begegnen, ist eine Kritik des Sozialstaats als Teil des kapitalistischen Normalvollzugs unumgänglich. Für eine Praxis, die zur tatsächlichen Befreiung von Staat, Nation und Kapital führt.

Theorie Organisation Praxis [TOP B3rlin]

Erlaubt ist, was nicht stört

Am 9. November 1938 fand die Gewalt der Novemberpogrome ihren Höhepunkt. In ganz Deutschland zündete der antisemitische Volksmob Synagogen an, plünderte und demolierte jüdische Geschäfte, Jüdinnen und Juden wurden gefoltert, erschlagen und Tausende deportiert. An diesem Tag bekundeten die Deutschen ihre Bereitschaft zur folgenden Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden und anderen als „Volksfeinde“ markierten Menschen.

Die diesem Vernichtungsprojekt zu Grunde liegenden Ideologien, insbesondere die des (sekundären) Antisemitismus, sind in Deutschland - wie aktuelle Umfragen belegen - bis heute quer durch alle gesellschaftlichen Schichten vorhanden. Gewandelt hat sich seit 1945 der staatsoffizielle Umgang mit diesen Ideologien und der aus ihnen resultierenden Gewalt. Der offensive Umgang mit der deutschen Vergangenheit mit dem Zweck der Legitimierung aktueller deutscher Politik umfasst auch die Bekämpfung fortbestehender Ideologiefragmente im hier und jetzt. Die offene Artikulation von Antisemitismus und Rassismus ist geächtet. Die Bundesregierung legt durchaus ernst gemeinte Förderprogramme für Projekte der politischen Bildungsarbeit und mobile Netzwerke auf.

Dass diese Förderprogramme auch weiterhin Instrumente staatlicher Ordnungspolitik bleiben, wurde den geförderten Initiativen spätestens Anfang dieses Jahres schmerzlich bewusst. Mit der Zusammenführung der beiden zuvor existierenden Demokratieförderungsinstrumente unter dem gemeinsamen Dach des Bundesprogrammes Toleranz fördern – Kompetenz stärken wurde die Fortsetzung der Förderzahlungen an die vorherige Unterzeichnung einer so genannten Demokratieerklärung gekoppelt. Mit ihrer Unterzeichnung verpflichten sich die Projekte zur Grundgesetztreue und darüber hinaus zur

Überprüfung der Gesinnung aller ihrer Kooperationspartner_innen auf deren Kompatibilität mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Gegen die so genannte Extremismusklausel entwickelte sich rasch breiter Widerstand. Viele Initiativen sahen sich unter Generalverdacht gestellt und den Erfolg ihrer weiteren Arbeit bei einer Unterzeichnung nachhaltig gefährdet. Die Einstellung der Arbeit nach einem Ausbleiben der Förderung würde in vielen Regionen einen dramatischen Einschnitt in die politische Landschaft bedeuten. Sind doch insbesondere in ländlichen Gebieten die ohnehin schwachen alternativen Strukturen auf staatliche Förderung und die Unterstützung durch Beratungsstellen dringend angewiesen.

Einher mit der Einführung der Extremismusklausel ging, vorangetrieben von der zuständigen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die Ausweitung der Förderung neben Projekten gegen „Rechtsextremismus“ auch auf Maßnahmen gegen so genannten „Linksextremismus“. Das die Verwendung des Extremismusbegriffs für eine Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse ebenso wenig taugt, wie für den Abbau von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, liegt auf der Hand. Die dahinter stehenden politischen Doktrinen ignorieren nicht nur, dass es sich etwa bei Antisemitismus, Rassismus und Homophobie mitnichten um eine Erscheinung von „extremistischen Rändern“, sondern um ein gesamtgesellschaftlich verbreitetes Phänomen handelt. Die Gleichsetzung des in letzter Konsequenz immer auf Vernichtung von ganzen Bevölkerungsgruppen abzielenden völkischen Wahns mit dem linksradikalen Kampf gegen menschenverachtende Ideologien und für eine freie und solidarische Gesellschaft bringt die strukturelle Verharmlosung neonazistischer Gewalt mit sich. Es erhöht die mindestens 140 Todesopfer rechter Gewalt allein in Deutschland seit 1990.

Geprägt wurde der Extremismusbegriff Ende der 60er Jahre im Umfeld der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden. Dass die Extremismusklausel an eine klare politische Agenda geknüpft ist und dass der Verfassungsschutz alles andere als eine neutrale Instanz darstellt, wird an zwei Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit deutlich. Im April 2009 wurde die bundesweit bekannte Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle (a.i.d.a) aus München auf direktem Betreiben der bayerischen Staatsregierung aus dem Beratungsnetzwerk der Landesweiten Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus ausgeschlossen. Dies führte schließlich zum Verlust der Gemeinnützigkeit des Vereins. Offensichtlich war dem Innenministerium die Arbeit der Initiative, die seit 1990 über aktuelle Entwicklungen rechter Strukturen in Bayern informiert, ein Dorn im Auge. Begründet wurde der Ausschluss mit der nicht näher belegten Aufführung von a.i.d.a als „linksextremistische Organisation“ im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2008. Ein ähnliches Schicksal ereilte den alternativen Jugendtreff Mittendrinn e.V. im brandenburgischen Neuruppin. So tauchte das Mittendrinn im brandenburgischen Verfassungsschutzbericht 2010 als Beispiel für „linksextreme Aktivitäten in Jugendzentren“ auf. Die dürftig recherchierten Ausführungen des Verfassungsschutzes enwickelten sich zur Existenzbedrohung für den kleinen Verein, da das Finanzamt in Reaktion auf die Erwähnung versuchte, ihm den Status der Gemeinnützigkeit zu entziehen. Beide Initiativen setzten sich erfolgreich gegen die staatlichen Diskreditierungsversuche zur Wehr.

Dies sind nur zwei Beispiele für stärker werdende obrigkeitsstaatliche Bestrebungen, mit geheimdienstlichen Instrumenten die Deutungshoheit über zivilgesellschaftliches und antifaschistisches Engagement zu gewinnen und jegliches kritisches Potenzial von vornherein zurückzudrängen. In diesem Kontext ist auch die

wachsende Einflussnahme des Verfassungsschutzes in der politischen Bildungsarbeit zu sehen. Die bekannten Andy-Comics aus NRW sind nur die schillerndsten Beispiele dieser Entwicklung.

Dass staatliches Handeln in der BRD bei der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus in der Regel Teil des Problems und nicht der Lösung ist, zeigte sich zuletzt in erschreckender Unverblümtheit im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der Ausschreitungen in Hoyerswerda. Der Bürgermeister der Stadt erklärte in einem Radiointerview nicht etwa die Kontinuität rassistischer Zustände in Hoyerswerda zum Problem, sondern deren Thematisierung durch eine antifaschistische Gedenkdemostration.

Konsequenter Antifaschismus braucht jedoch eine starke außerparlamentarische Selbstorganisation, die die gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden versucht, die in der spezifischen historischen Situation der 30er Jahre in der deutschen Expansions- und Vernichtungsideologie mündeten und bis heute fort existieren.

Autonome Neuköllner Antifa

Weitere Texte unter:

<http://inex.blogspot.de>

<http://aktionstaggegenbekenntniszwang.blogspot.de>



STARTSEITE ERSTE HILFE WISSEN LERNEN LINKS

Was tun, wenn...
... Ihr Kind in die linksextremistische Szene gerät?

Sie sind sich unsicher, wie das Verhalten Ihres Kindes einzuordnen ist? Hier finden Sie Tipps und Ansprechpartner.

Herausgeber: Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus — Staatliche Einrichtung

Antiziganismus – eine fortwährende Ressentiment

Wenn in einer Zeitung zum 09.11. Antiziganismus thematisiert wird, drängen sich unweigerlich Fragen auf wie die nach der Vergleichbarkeit von Antiziganismus und Antisemitismus und die nach der Vergleichbarkeit der Shoah mit der nationalsozialistischen Massenvernichtung von Sinti, Roma und Anderen als „Zigeuner“ Verfolgten.

Wir halten die Debatte um solche Vergleiche bereits für den Kern des Problems. Sie spielt sich ab vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Situation, in der Ressourcen wie Entschädigungszahlungen, öffentliche Aufmerksamkeit für fortwährende Diskriminierung und die Erinnerung an die Opfer von Seiten der deutschen Öffentlichkeit und des deutschen Staates nicht freiwillig zugestanden wurden, sondern Stück für Stück von den Verbänden der Betroffenen erkämpft werden mussten. Nur aus dieser Situation heraus ist es überhaupt erklärbar, wieso die Fragen danach, welcher Massenmord monströser oder eliminatorischer war, als politische Streitigkeiten interpretiert werden können.

Wir wollen an dieser Stelle in nüchterner Form auf einige Fragen antworten und dabei sowohl auf die Gemeinsamkeiten, als auch auf die zentralen Unterschiede in den ideologischen Phänomenen und der historischen Ausgestaltung des Antiziganismus und des Antisemitismus eingehen. Für die Frage des Verhältnisses auf der ideologischen Ebene wollen wir uns an dieser Stelle auf die Elemente des Antisemitismus beziehen. Dieses Schlußkapitel der Dialektik der Aufklärung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno gilt noch heute als der zentrale Grundlagentext einer Kritischen Theorie des Antisemitismus. Unter den sieben Thesen finden sich einige, die sich auch auf Antiziganismus beziehen lassen, teilweise sogar von Horkheimer und Adorno darauf bezogen werden. Zentrale Punkte wie der Mecha-

nismus der pathischen Projektion – also die Projektion gesellschaftlich unerwünschter Eigenschaften auf eine Fremdgruppe –, die Verortung der gesellschaftlichen Ursachen des Antisemitismus in einer reaktionären Verarbeitungsform der Aufklärung und der Hass auf das von der Zivilisation und der naturwissenschaftlichen Ordnung noch nicht ganz Erfasste – das Nicht-Identische –, werden sowohl auf Antiziganismus, als auch auf Antisemitismus bezogen.

Gleichzeitig bestehen zentrale Unterschiede dort, wo als Ursache des Antisemitismus die reale Geschichte der Jüdinnen_Juden, die religiösen Ursprünge des christlichen Antijudaismus und die Identifikation der „Juden“ mit der bürgerlichen Gesellschaft benannt werden. Hier bestehen im Antiziganismus sehr differente Ursachen, die von einer kritischen Theorie des Antiziganismus noch zu analysieren wären. Hinweise finden sich auf die Identifikation der „Zigeuner“ mit einer vermeintlich vorbürgerlichen archaischen Gesellschaftsweise und die langen historische Traditionen der Ausgrenzung und Vertreibung.

Alles in allem schlagen wir vor, Antiziganismus und Antisemitismus nicht als Phänomene zu begreifen, die sich gegenseitig ausschließen, sondern eher als komplementäre, sich ergänzende Facetten einer völkisch oder reaktionär geprägten Weltanschauung.

Für die konkrete Geschichte der Massenvernichtung lassen sich ebenfalls einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede fest machen. Zuerst einmal die Gemeinsamkeiten: Sowohl als „Juden“, als auch als „Zigeuner“ Verfolgte wurden systematisch und ab einem bestimmten Zeitpunkt planmäßig aus der Gesellschaft ausgegrenzt, entrechtet, deportiert und vom Kleinkind bis zum Greis vernichtet. Das Ziel war die vollständige „Lösung“ sowohl der „Judenfrage“, als auch der „Zigeunerfrage“.

Damit ist es jedoch notwendig, auf die zentralen Unterschiede zu sprechen zu kommen. Antisemitismus war das zentrale Ideologie-Phänomen des Nationalsozialismus. Nahezu keine Rede, keine Zeitung, kein Text kam ohne ihn aus. Auf der ideologischen Ebene war der Antiziganismus hingegen kaum präsent. In Reden Hitlers findet sich lediglich zweimal ein Hinweis auf „Zigeuner“. Dies gilt auch für die Vernichtung selbst: Im Zweifel hatte die Tötung der als „Juden“ Stigmatisierten die höhere Priorität. Dies mag mit der Stellung in der Weltanschauung zusammenhängen. Gleichzeitig waren antiziganistische Einstellungen und staatliche Praktiken zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft noch weiter verbreitet, als antisemitische. Die Nazis konnten die „Konzentrationslager“ für die als „Zigeuner“ Stigmatisierten, die beispielsweise 1929 in Hessen unter dem SPD-Innenminister und späteren Widerstandskämpfer Wilhelm Leuschner errichtet worden waren, einfach übernehmen. Ähnliches galt für die Polizeiapparate, die schon seit Anfang des Jahrhunderts systematisch und organisiert versuchten, die „Zigeunerplage“ zu bekämpfen. Vergleichbare staatliche Strukturen gab es bezüglich der Jüdinnen_Juden in der Weimarer Republik nicht. Hier können hingegen die Novemberpogrome von 1938 als ein Radikalisierungsschritt gelten, der eine Verschärfung des Zugriffs andeutete.

Die Bruchlosigkeit des staatlichen Antiziganismus zu Beginn des Nationalsozialismus setzte sich in ähnlicher Weise in der Nachkriegszeit fort. Auch wenn mittlerweile weithin bekannt ist, dass die ganze frühe Bundesrepublik von ehemaligem NS-Führungspersonal und glühenden Antisemit_innen durchsetzt war, stellt es doch eine Besonderheit dar, dass im Falle der Verfolgung der als „Zigeuner“ Stigmatisierten, bereits ab 1946 die gleichen Täter_innen mit den gleichen Akten in den gleichen Institutionen

die Kriminalisierung und Ausgrenzung weiter führen konnten. Die „Landfahrerzentralen“ der frühen Bundesrepublik wurden durchweg mit NS-„Zigeunerexperten“ besetzt, während die Verantwortlichen der Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen_Juden immerhin nicht weiter öffentlich in der BRD agieren konnten. In der BRD bestehen im öffentlichen Raum immerhin einige Tabus und Sprachregelungen, die zur Ausbildung eines sekundären Antisemitismus führten. Dafür bestand im Falle des Antiziganismus keine Notwendigkeit. Während sich der Antisemitismus transformierte und sich gegenwärtig in verschiedenen verschleierte Formen wie einem antisemitischen Antiziganismus, einem reaktionären Antikapitalismus oder einem Philosemitismus ausdrückt, blieb der Antiziganismus offen und direkt.

Aus diesen Differenzen ist zu erklären, dass Debatten um „Bettel-Roma“ oder „Wirtschafts-Nomaden“ in der BRD immer noch derart offen geführt werden können. Insbesondere die sehr späte und sehr lang abgewehrte Anerkennung als Opfer der nationalsozialistischen Massenvernichtung lässt es bis heute zu, diesen Teil der deutschen Geschichte in allen möglichen Fragen, die die Diskriminierung von Sinti, Roma und anderen als „Zigeuner“ Stigmatisierten betreffen, zu vernachlässigen. Dies zeigt sich gegenwärtig insbesondere in einer Art Gedächtnis-Lücke: Wenn in den Medien über deutsche Sinti berichtet wird, besteht meist ein Bezug auf NS-Verbrechen, während diese bei Debatten um ost-, südost- und mitteleuropäische Roma nahezu keinerlei Rolle spielen. Wenn die deutsche Öffentlichkeit die ganze Bandbreite des Antiziganismus dann noch in den – fraglos drastischen – Vorkommnissen im „Ausland“ verortet, steht Deutschland – mal wieder – als antirassistischer „Aufarbeitungsweltmeister“ da. Dabei wird ein Großteil der antiziganistischen Gewalt und Diskriminierung

sowohl in Ländern außerhalb Deutschlands, als auch in der BRD, kaum thematisiert. Die regelmäßigen Demonstrationen im tschechischen Grenzgebiet zu Deutschland werden hin und wieder in Tageszeitungen erwähnt, auch auf indymedia gibt es Berichte. Jedoch ist die deutsche Linke von einer solidarischen Organisation oder unterstützenden Praxis über die Grenzen hinweg, noch meilenweit entfernt. Dass in der tschechischen Republik Romni bis in die Gegenwart hinein immer wieder zwangssterilisiert werden, dass es auch in der tschechischen Republik in den letzten Jahren zu mehreren lebensgefährlichen Brandanschlägen kam, ist weder in der Linken, noch in der bürgerlichen Öffentlichkeit ein Thema.

So werden aus der großen Masse der antiziganistischen Entwicklungen der letzten Jahre immer wieder einzelne Schlaglichter herausgepickt und thematisiert – die Abschiebung rumänischer Roma aus Frankreich 2010, die tödlichen Anschläge in Ungarn 2008/2009, die Aufmärsche der Ungarischen Garde 2011, die Zwangsräumungen in Italien seit 2009 – während die große Masse der antiziganistischen Praxen und deren Reichweite zumeist unberücksichtigt bleiben.

Zumindest für die bundesdeutsche Öffentlichkeit fungiert diese punktuelle Thematisierung – wie bereits angedeutet – dabei als ein Moment von Schuldentlastung. Die Brandanschläge in der BRD, auf ein von Sinti bewohntes Haus in Klingenhain am 26.12.2009, auf einen Wohnwagenparkplatz in Gelsenkirchen am 04.11.2010 oder auf ein von mehreren Familien von Roma bewohntes Haus in Leverkusen vom 25.07.2011 werden bei der Skandalisierung von Antiziganismus dann genauso vergessen, wie die Vertreibung rumänischer Roma aus dem Görlitzer Park im Jahr 2009, die für Sarkozys Politik als Vorbild fungiert haben könnte. Ganz und gar ahistorisch wird es, wenn es um die Abschiebung von Flüchtlingen mit

Roma-Hintergrund aus dem Kosovo geht. In der Debatte wird sowohl die gewaltsame Vertreibung der Betroffenen ignoriert, indem diese lediglich als „Bürgerkriegsflüchtlinge“ bezeichnet werden, als auch die spezifische deutsche Schuld während des Nationalsozialismus und durch die Teilnahme am Jugoslawien-Krieg verschleiert:

Das Kosovo war zwischen 1943 und 1944 von deutschen Truppen und von der kroatischen Ustascha besetzt; ob und wie viele kosovarische Roma während dieser Zeit deportiert oder ermordet wurden, ist historisch immer noch offen, es ist jedoch von Hunderten Opfern auszugehen. 1999 griff die Berliner Republik in einem NATO-Bündnis unter der Maßgabe „ethnische Säuberungen“ verhindern zu wollen, auf der Seite der albanischen UÇK in den jugoslawischen Bürgerkrieg ein. Die siegreiche UÇK führte später die ethnisch motivierten Vertreibungen, Brandschatzungen und Morde durch oder sicherte sie ab. Von einer deutschen Intervention war dabei nichts zu hören.

Insbesondere für die deutsche Linke muss eine Kritik des Antiziganismus immer vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Massenmordes stattfinden. Dabei ist es ihre Aufgabe, nicht nur auf Antiziganismus in anderen Ländern hinzuweisen, sondern nachdrücklich und beharrlich gegen antiziganistische Diskriminierungen und Angriffe in Deutschland einzutreten. Die deutsche Linke muss sich bewusst machen, dass antiziganistisch motivierte Angriffe wie die von Rostock-Lichtenhagen 1992 auch in Deutschland jederzeit wieder möglich sind.

Autonome Neuköllner Antifa

Ausgrenzung von Menschen ohne deutschen Pass heute

Im Jahr 2011 bestimmt weiterhin der vermeintlich „richtige“ Pass wie Mensch in Deutschland leben kann. Grenzen sind in Europa für diejenigen abgeschafft, deren Pässe es erlauben, sich frei im Schengen-Raum zu bewegen. Staatsbürgerschaft privilegiert somit Inhaber_innen deutscher Pässe gegenüber Menschen, die einen außereuropäischen Pass besitzen. Die Staatsbürgerschaft ist unsichtbar und trotzdem immer dabei: Beim Reisen oder Heiraten, bei der Kreditaufnahme oder in der Polizeikontrolle, bei der Bewerbung um Arbeit oder auf der Suche nach einer Wohnung.

Bei dem Versuch, ohne passenden Pass die Außengrenzen des Schengen-Raums zu überwinden, sind schon mehr als 15.000 Menschen gestorben. Wie viele sollen es noch werden? Menschen, die nach ihrer Flucht vor z. B. Armut und Krieg in Deutschland angekommen sind, sehen für sich nicht die im Grundgesetz garantierte Menschenwürde verwirklicht. Sie werden von der deutschen Bevölkerung isoliert und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, indem sie dazu gezwungen werden in Unterkünften zu wohnen, die weit weg von gesellschaftlicher Anbindung liegen.

Das uneingeschränkte Recht auf Asyl - festgehalten im Grundgesetz - wurde bereits am 1.7.1993 faktisch abgeschafft. Seitdem wurden immer mehr rechtliche Mauern hochgezogen, so dass es mittlerweile fast unmöglich ist, auf legalem Wege in Deutschland einzureisen.

Durch Kettenduldungen (nur kurzfristige Aussetzungen der Abschiebung) wird den Menschen ein Ankommen verweigert, stattdessen werden sie terrorisiert. Insgesamt leben in der BRD etwa 87.000 Menschen lediglich mit einer Duldung in Deutschland, ca. 54.000 von ihnen leben bereits länger als sechs Jahre in diesem prekären Zustand. Der Anteil der langjährig Geduldeten ist mit 63 Prozent so hoch wie nie zuvor.

Flüchtlinge haben kaum Freiheiten. Sie werden in Lagern untergebracht, die oft abgelegen und isoliert sind. Zudem unterliegen sie der Residenzpflicht. D. h. sie dürfen den ihnen zugewiesenen Landkreis nur verlassen, wenn es genehmigt wird.

Entsprechende Anträge sind mit Kosten verbunden: Neben Fahrtkosten können dies auch willkürliche Gebühren sein. Sie dürfen in Deutschland nicht arbeiten, bekommen jedoch gerade mal 60% des Hartz-IV-Satzes. Je nach zuständiger Behörde können sie nur über 40 € selbst verfügen, der Rest wird als Sachleistung erbracht, z. B. in Form von Gutscheinen, Essenspaketen, Kleiderspenden etc. .

Ein Mittel zur Durchsetzung der Ausreisepflicht ist die Abschiebehaft. Für die gesundheitliche Versorgung der Inhaftierten ist der polizeiärztliche Dienst zuständig. Der Flüchtlingsrat Berlin kritisiert an einigen „Leistungen“ dieses Dienstes, dass

- nach einer Entlassung aus dem Krankenhaus die Erkrankung als erledigt betrachtet und keine weitere Betreuung gewährleistet wird.
- Schwangere überhaupt inhaftiert werden. Sie sind besonders dem psychischen Druck der Haftbedingungen ausgesetzt und sie können sich nicht so ernähren, dass es ihren Bedürfnissen und denen ihrer Kinder entspricht. Sie sind medizinisch unterversorgt.
- der allgemeine Umgang mit psychisch belasteten und traumatisierten Personen völlig unzumutbar ist. So werden suizidgefährdete Personen in einzelnen Isolierzellen untergebracht und unter Daueraufsicht gestellt. Eine angemessene psychische Betreuung bleibt gänzlich aus.
- Behandlungsbedürftige nicht über die Wirkung der verabreichten Medikamente informiert bzw. Beipackzettel nicht übersetzt werden.
- externe Ärzt_innen zu bestellen fast unmöglich ist, aufgrund der organisatorischen, finanziellen und logistischen Schwierigkeiten. Externe Ärzt_innen, die von den Häftlingen gewählt werden, dürfen nur in den Räumen und im Beisein des polizeiärztlichen Dienstes ihre Untersuchungen vornehmen.

Im Abschiebeknast gibt es keinen Internetanschluss, was noch mehr zur Isolation der Flüchtlinge beiträgt.

Bei Gerichtsverhandlungen werden die Abschiebehäftlinge wie Strafgefangene in Handschellen vorgeführt. Für die mangelnde Qualität der Übersetzungen bei den Anhörungen, sowie bei den Terminen beim Bundesamt oder bei der Ausländerbehörde wird den Abschiebehäftlingen die Schuld zugewiesen. So kann es vorkommen, dass ein Name anders geschrieben wird, was den Betroffenen später als „Alias - Name“ zur Last gelegt wird.

Gegen die drohenden Abschiebungen und die Lebensbedingungen in den Lagern und Abschiebeknästen setzen sich die Betroffenen immer wieder mit den wenigen, ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr. So begann z. B. dieses Jahr im Juni der Gutscheinboykott im Flüchtlingslager Hennigsdorf und im September der Hungerstreik von Victor Atoe. Er befindet sich nach 20 Jahren ungesichertem Aufenthalt trotz deutlicher Traumatisierung in Abschiebehaft.

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 6.907 Abschiebungen auf dem Luftweg vollzogen. In Berlin waren im Oktober 2008 10 Frauen und 65 Männer inhaftiert. Das Hauptherkunftsland war Vietnam. Der Berliner Abschiebeknast ist in Grünau, im Bezirk Treptow-Köpenick.

Für Dezember planen wir eine laute Demo mit bunten solidarischen Aktionen dorthin. Ihr seid alle herzlich eingeladen, mitzumachen, das erste Vorbereitungstreffen fand am 17.10.2011 statt und es wird nicht das letzte gewesen sein! Infos und Ankündigungen auf

www.stressfaktor.squat.net
<http://chipini.blogspot.de>

Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.

Bertolt Brecht Flüchtlingsgespräche 1940/41]

30./31. Oktober 2010 Mainz (Rheinland Pfalz)

In der Nacht zum 31. Oktober warfen Unbekannte einen Molotowcocktail auf die jüdische Synagoge. Der Brandsatz blieb in einem Baum hängen. Die Synagoge, die erst im September feierlich neu eröffnet worden war, blieb unbeschädigt.

30./31. Oktober Berlin, Charlottenburg

Ein angetrunkenen Mann zeigte in der Nacht zum 31. Oktober vor der jüdischen Synagoge in der Joachimsthaler Straße den Hitlergruß.

6. November 2010 Berlin, Oberschöneweide

„Gas und Stein dem Judasschwein“, „Baut mehr KZ's“, „6 Mio waren nicht genug“, „happy holocaust“, „Juden raus“, „Judas verrecke“ und vieles mehr. Diese Parolen wurden entlang der Strecke eines Gedenkspariergangs zur Erinnerung an die von den Nazis ermordeten und deportierten Jüd_innen entdeckt.

09. November 2010 Gera (Thüringen)

Ein Mann zerstörte Blumengebinde und Grabkerzen, die am Ort der einstigen Synagoge zum Gedenken an die Reichspogromnacht niedergelegt wurden.

09. November 2010 Dortmund, Olfen (NRW)

Neonazis begingen in der Kleinstadt Olfen eine „Feier“ zum 72. Jahrestag der Novemberpogrome unter dem Motto „Scherben bringen Glück“. In Dortmund stürten weitere Neonazis eine Gedenkfeier an der ehemaligen Synagoge im Stadtteil Dorstfeld.

14. November 2010 Hannover (Niedersachsen)

Das Wohnhaus des niedersächsischen Landesvorsitzenden der Jüdischen Gemeinden, Michael Fürst, wurde von Unbekannten mit Luftgewehrshüssen attackiert. Dabei wurden drei Fensterscheiben beschädigt.

14. November 2010 Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Unbekannte beschmiereten das Mahnmal für die ehemalige jüdische Synagoge zu Magdeburg und einen Gedenkstein auf dem Soldatenfriedhof in Burg. Am Mahnmal in Magdeburg wurden volksverhetzende Parolen aufgetragen.

19. November 2010 Wattenscheid (NRW)

Etwa 25 Grabsteine des jüdischen Friedhofs wurden teilweise umgestoßen und mit Farbe beschmiert. Auf die geschändeten Grabsteine wurden Hakenkreuze und die Worte „Juden raus“ sowie die Ziffer 88 (Codierung für HH = Heil Hitler) geschrieben. Auch die Gedenktafel für die ehemalige Wattenscheider Synagoge in der Passage zum Brauhaus und die gläsernen Stelen für die Opfer der Shoah am Nivellesplatz wurden mit Hakenkreuzen besudelt.

01. Dezember 2010 Berlin, Kreuzberg

Im Hausflur eines Antifaschisten wird in der Nacht „Tod der roten Drecksau“ geschmiert und seine Namensschilder auf der Klingelanlage und auf dem Briefkasten werden mit roter Farbe gekennzeichnet.

07. Dezember 2010 Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Unbekannte Täter haben das jüdische Mahnmal in der Julius-Bremer-Straße erneut mit volksverhetzenden Parolen und verfassungsfeindlichen Symbolen beschmiert. Nahezu zeitgleich wurde die Mauer des israelischen Friedhofs im Fernersleber Weg mit identischen Schriften beschmiert.

9. Dezember 2010 Berlin, Tempelhof

Unbekannte haben einen Brandanschlag auf ein islamisches Kulturzentrum in Berlin-Tempelhof verübt. Wie die Polizei mitteilte, traf ein Brandsatz in den Morgenstunden die Fassade des Gebäudes, in dem die »Islamische Kulturgemeinde der Iraner Berlin-Brandenburg« ihren Sitz hat.

1. Januar 2011 (Sachsen-Anhalt)

Sieben Neonazis überfielen einen Imbiss. Nach rassistischen Äußerungen schlugen die Neonazis auf den türkischen Besitzer ein. Zwei Gäste, die eingreifen wollten, wurden ebenfalls angegriffen. Der Besitzer musste ambulant behandelt werden.

04. Januar 2011 Bernau (Brandenburg)

Jüdische Menschen leben nach wie vor nicht sicher in Deutschland. In einem Interview mit der Märkischen Allgemeinen äußerte

sich der Landesrabbiner Shaul Nekrich zur antisemitischen Stimmung in Brandenburg. Die Jüdische Gemeinde gebe ihre Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen nicht mehr öffentlich bekannt und Studierende des Rabbinerseminars seien angehalten, ohne Kippa auf die Straße zu gehen. Er persönlich sei auch ohne Kippa oder Hut unterwegs. In Bernau würde immer wieder das Schild abgerissen werden, das die Jüdische Gemeinde anbringt. Dennoch erhielten die Gemeinde- und Veranstaltungsräume in Brandenburg bisher keinen Polizeischutz.

08. Januar 2011 Berlin, Wilmsdorf

In der Nacht verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf die Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde im Berliner Stadtteil Wilmsdorf. Polizeibeamten gelang es, den Brand an der Eingangstür des Gebäudes zu löschen, verletzt wurde niemand. Seit vergangem Sommer wurden insgesamt sieben Brandanschläge auf Moscheen verschiedener islamischer Gemeinschaften in Berlin verübt.

23. Januar 2011 Erkner (Brandenburg)

Ein antisemitisch motivierter Brandanschlag wurde auf den Bungalow eines Mannes verübt, der sich zum jüdischen Glauben bekennt. Die Täter brachen in das Häuschen ein und zündeten es an. An der Fassade hatten die Unbekannten einen Davidstern und das Wort „Raus“ geschmiert.

18. Februar 2011 Berlin, Lichtenberg

Eine 59-jährige Frau und ihre 57-jährige Begleiter_in verteilen auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Lichtenberg Flyer des Lichtenberger Bündnisses für Toleranz und Demokratie. Der 59-jährigen Bezirksabgeordneten der Linken wird von einem Angehörigen der rechten Szene gegen den Kopf geschlagen und einem Zeugen werden vom Täter Schläge angedroht.

19. Februar 2011 Dresden (Sachsen)

Im Rahmen der geplanten Neonazi-Aufmärsche in Dresden kam es zu einem Angriff auf ein linkes Hausprojekt im Stadtteil Löbtau, in dem auch Kinder leben. Zwischen 50 und 70 gewaltbereite Neonazis zogen ohne Polizeibegleitung zu dem Hausprojekt und attackierten es. Sie warfen Steine in viele Fenster und versuchten, in das Haus zu gelangen. Während

des Angriffs skandierten die Angreifer im Chor „Wir kriegen euch alle“. Die anwesende Polizei vor Ort schaute tatenlos zu.

19. Februar 2011 Dillingen (Saarland)

Unbekannte beschmiereten eine Moschee und einen jüdischen Gedenkstein mit Nazisymbolen und rassistischen Parolen.

21. Februar 2011 Leipzig (Sachsen)

Unbekannte beschmiereten in Leipzig drei Stolpersteine am Lindener Markt Nr.22 mit grüner Farbe.

Februar 2011 Herne (NRW)

Nach einem Eishockey-Spiel in Herne wurden Fans des EHC Dortmund von der Polizei verhaftet. Die Festgenommenen hatten die Parole „In Buchenwald, in Buchenwald, da machen wir die Juden kalt“ gerufen.

März 2011 Bremen

Mehrere Menschen forderten in Bremen den Boykott israelischer Waren. Dabei trugen sie unter anderem ein Plakat mit der Aufschrift „Boycottiert Israels Früchte“. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland kritisierte die Aktion.

06. März 2011 Berlin, Niederschöneweide

Nazis beschmiereten die Fassade des Bürgerbüros der Linkspartei mit Hakenkreuzen und weiteren NS-Symbolen. Die Räume des „Zentrums für Demokratie“ wurden mit einer Flasche beworfen und ebenfalls mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Polizei konnte zwei maskierte Männer festnehmen, während sie ein Hakenkreuz an ein Hotel sprühten.

08. März 2011 Berlin, Friedrichshain

In der U5 Richtung Hönow werden Demonstrationsteilnehmer_innen der Frauentagsdemonstration von 6-8 männlichen Nazis, die in Begleitung von zwei Hunden sind, mit Nazi-Parolen angepöbeln. Eine Person wird homophob beleidigt und bedroht. Kurz vor dem Bahnhof Samariterstraße wird sie von einem der Nazis körperlich angegriffen.

9. März 2011 Berlin

Die Opferberatungsstelle »Reach Out« teilte mit, dass in Berlin die Zahl rassistisch

motivierter Gewalttaten im Jahr 2010 zugenommen habe. Die Initiative registrierte im vergangenen Jahr 109 Angriffe (102 in 2009) mit rassistischem, antisemitischem, homophobem oder rechtsextremem Hintergrund.

17.-19. März 2011 Berlin, Schöneberg

Kurz nach ihrer Verlegung wurden sog. Stolpersteine erneut heftig zerkratzt und somit unkenntlich gemacht. Hierbei ist besonders brisant, dass die Steine bereits 2010 nach ihrer Verlegung zerstört wurden. Es dauerte nur einige Stunden, bevor Unbekannte sie erneut zerstörten.

21. März 2011 Frankfurt Oder (Brandenburg)

Drei Männer, die sich in Russisch unterhielten, wurden von vier Rechten rassistisch beschimpft und von zwei der Männer angegriffen und verletzt.

26. März 2011 Berlin, Ostbahnhof

Ein 35-jähriger zeigte am Sonntag den Hitlergruß und beleidigte Schweizer Tourist_innen antisemitisch. Der betrunkenen Mann wurde festgenommen.

26. März 2011 Bernau (Brandenburg)

In der Nacht wurden die Fenster der jüdischen Gemeinde mit Steinen eingeschlagen. Außerdem wurde ein Hakenkreuz in den Briefkasten geritzt. Schon in der Vergangenheit war es zu Beleidigungen und Angriffen gegenüber der Gemeinde gekommen. Von den Täter_innen fehlt jede Spur.

31. März 2011 Berlin, Pankow

Ein 60-jähriger Gastronom wird von zwei zahlungsunwilligen Gästen erst antisemitisch beleidigt und dann tätlich angegriffen. Der Wirt erlitt Verletzungen an Kopf, Rücken und Oberkörper. Die Polizei konnte die Täter festnehmen.

1. April 2011 Nordhausen (Thüringen)

In der Nacht wurde auf dem Nordhäuser Ehrenfriedhof für Opfer des Zweiten Weltkriegs ein Pavillon mit SS-Runen, Hakenkreuzen und antisemitischen Sprüchen besprüht.

13. April 2011 Rostock (Mecklenburg-Vorpommern)

Fans von Fußball 3. Liga Dynamo Dresden hissten beim Auswärtsspiel gegen Hansa Rostock antisemitische Banner im Stadion. Dresdener Fans hängten zur Beleidigung ihres Gegners ein antisemitisches Transparent an die Absperrung. Dieses im Comicstyle gestaltete Transparent zeigte einen durchgestrichenen chassidischen Juden. Diese Judenklischee bedienende Comicfigur, im Stil des weltbekanntesten Ghostbusterslogos, war mit einem Davidstern am Hut gekennzeichnet sowie mit einem Trikot des Rivalen Hansa Rostock bekleidet.

16. April 2011 Berlin, Mitte

Neonazis „stürmen“ nach einer rechtsextremen Kundgebung vor der österreichischen Botschaft das Stelenfeld des Holocaustmahnmals im Berliner Stadtteil Mitte. Der Anlass für die rechtsextreme Kundgebung war die Verhaftung des österreichischen Holocaustleugners und rechtsextremen Funktionärs Gottfried Küssel. Vor zweieinhalb Wochen war Küssel wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung in Wien verhaftet worden.

20./21. April 2011 Essen (NRW)

Drei junge Erwachsene beschmiereten 30 Grabsteine des jüdischen Friedhofs mit nazistischen Symbolen in gelber Farbe. Drei Tatverdächtige konnten drei Monate später ermittelt werden, zwei der Beschuldigten gestanden die Tat sofort.

6. Mai 2011 Berlin

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat eine Webseite der Berliner Neonazi-Szene indiziert. Die Internetseite des »Nationalen Widerstands Berlin« ist nun nicht mehr über Suchmaschinen wie Google oder Yahoo zu finden.

6. Mai 2011 Berlin, Pankow

Unbekannte haben eine Gedenktafel mit Farbe beschmiert. Die Tafel erinnert an acht jüdische Bewohner_innen eines Hauses, die zwischen Oktober 1941 und Mai 1943 in Vernichtungslager deportiert und dort ermordet wurden

14. Mai 2011 Berlin, Kreuzberg

Eine 48-jährige wurde in einer Berliner U-Bahn antisemitisch beleidigt. Der unbekannt

Täter hatte dies im Hinblick auf eine Kette mit Davidsternanhänger getan und das Opfer anschließend mit Kaffee begossen. Am Kottbusser Tor verließ der Täter das Fahrzeug.

14. Mai 2011 Berlin, Kreuzberg

Rund 120 Neonazis marschierten nachmittags in Kreuzberg auf, es kam zu mehreren Übergriffen und Rangeleien. Die Nazis gingen mit Fahnenstangen, Fäusten und Flaschen auf Migrant_innen, Journalist_innen und Gegendemonstrant_innen los. Vier junge Leute wurden vor den Augen der Polizei von rund 40 Neonazis regelrecht überannt und verprügelt. Die Polizei hatte die Situation an mehreren Stellen nicht unter Kontrolle. Anmelder der rechten Demo war Sebastian Schmidtke, stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner NPD.

14. Mai 2011 Nordhausen (Thüringen)

Unbekannte warfen in der Nacht zwei Blumenkübel in den Gedenkpark des Ehrenfriedhofs für die Opfer des KZ Mittelbau-Dora. In Nordhausen kommt es zu regelmäßigen Schändungen des Ehrenfriedhofs, zuletzt im März 2011

16. Mai 2011 Berlin

Rechte haben im vergangenen Jahr in Deutschland insgesamt 41 Mal jüdische Friedhöfe attackiert. Dies geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine schriftliche Anfrage von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linkspartei) hervor.

13. Juni 2011 Berlin Oberschöneweide

Das Denkmal für Widerstandskämpfer_innen gegen den Nationalsozialismus in der Griechischen Allee wurde von Unbekannten mit Hakenkreuzen, antisemitischen Sprüchen und Lobesworten an Adolf Hitler beschmiert.

17. Juni 2011 Berlin Charlottenburg

Aus einer Gruppe von fünf Personen heraus spuckte ein Unbekannter einer 37-jährigen Frau ins Gesicht und beschimpfte das Paar antisemitisch. Nachfolgend warf einer der Unbekannten dem Mann eine Plastikflasche an den Hinterkopf, bevor die fünf Personen flüchteten.

19. Juni 2011 Berlin Neukölln

In der Ringbahn Richtung Schöneweide zwischen den Bahnhöfen Südkreuz und Hermannstraße wird ein Mann von ca. sechs Neonazis, die T-Shirts mit der Aufschrift „Antifa Halts Maul!“ tragen, rassistisch und antisemitisch beleidigt, geschlagen und verletzt. Zeug_innen greifen ein.

26./27. Juni 2011 Berlin

Die Neonazi-Gewaltwelle der letzten Monate in Berlin erreicht einen Höhepunkt. In der Nacht zum 27. Juni erfolgten gleich mehrere Anschläge auf verschiedene linke Einrichtungen. Sowohl beim „Bandito Rosso“ als auch am „Tuntenhaus“ wurden Feuer gelegt. Vor dem „Tommy Weisbecker Haus“ in Kreuzberg brannten zwei Autos aus und auch auf den Antifaladen „Red Stuff“ wurde ein Brandanschlag versucht. Bei einem Brandanschlag auf das Jugendfreizeitheim „Anton-Schmaus-Haus“ wurde hoher Sachschaden verursacht. Nur eine Nacht zuvor übernachteten dort mehrere Kinder. Der Anschlag hätte somit in einer Katastrophe enden können. Alle Adressen der Einrichtungen wurden zuvor im Web auf der Seite von „NW-Berlin“ veröffentlicht. Verantwortlich hierfür ist der stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner NPD, Sebastian Schmidtke.

Juni 2011 Dresden (Sachsen)

Der „Deutsch-Palästinensische Frauenverband“ verteilte vom 1.-5. Juni an einem Stand des Kirchentages Boykottaufrufe gegen israelische Waren. Die Flugzettel trugen die Überschrift „Verzicht! Boykottiert israelische Apartheid“ und bildeten verschiedene israelische Produkte ab, welche es zu boykottieren gälte.

30. Juni Schwedt (Brandenburg)

Der ehrenamtliche Ausländerbeauftragte der Stadtverordnetenversammlung in Schwedt hat am 30. Juni sein Amt niedergelegt. Die Website der Stadt nennt berufliche Gründe für Ibraimo Albertos Weggang. »Ich fühle mich in Schwedt nicht mehr sicher«, begründete der in Mosambik geborene 48-jährige hingegen seine Entscheidung.

15. Juli 2011 Mörfelden-Walldorf (Hessen)

Unbekannte zerstörten zwei Gedenk- und Informationstafeln in der ehemaligen KZ-Außenstelle bei Walldorf und schmierten in der Nähe Nazi-Parolen. Die Teilnehmer_innen eines international besetzten Work-and-Study-Camps, bei dem Student_innen aus Israel, Rumänien und Deutschland eine Woche im ehemaligen KZ Ausgrabungen vornahmen, waren entsetzt.

18./21. 2011 Juli Bielefeld (NRW)

Unbekannte verteilten antisemitische Wurf-sendungen in den Briefkästen der Anwohner_innen. Die Wurfzettel beinhalteten ein antijüdisches Zitat aus dem achten Kapitel des Johannesevangeliums sowie die Behauptung, das Judentum hätte seit 1933 Kriegsabsichten gegen Deutschland. Verschiedene Anwohner übergaben die Wurf-sendungen der Polizei. Gleiche Wurfzettel waren in den vergangenen Wochen auch in Paderborn aufgetaucht.

28.-31. Juli 2011 Flößberg (Sachsen)

Unbekannte beschmierten das Eingangstor des KZ-Häftlingsfriedhofs in Flößberg, mit Hakenkreuzen und einer antisemitischen Parole. Das kürzlich erneuerte Eingangstor trägt symbolische Hinweise auf die 235 ermordeten jüdischen Häftlinge des ehemaligen KZ-Außenlagers.

1. August 2011 Berlin, Charlottenburg

Eine 56-jährige brachte fortlaufende Beleidigungen gegen sie und ihre 38-jährige Tochter zur Anzeige. Seit beide im Juni eine Eigentumswohnung in Westend bezogen, wurden sie durch die Hausbewohner_innen wiederkehrend wegen ihres jüdischen Glaubens beleidigt.

6. August 2011 Berlin, Lichtenberg

Unbekannte haben in der Nacht zum 6. August Stolpersteine beschädigt. Die Täter übergossen die Gedenksteine mit einer braunen, dickflüssigen Substanz. Mit derselben Flüssigkeit wurde den Angaben der Polizei zufolge in derselben Nacht ein interkulturelles Bildungszentrum in dem Bezirk beschmiert.

7. August 2011 Berlin, Prenzlauer Berg

Ein Mann beschimpfte einen 13-jährigen Jungen in der Kolmarer Straße antisemitisch und schlug ihm mit einer Kunststoffstange

auf den Oberarm. Anschließend entfernte sich der Täter. Eine unmittelbar eingeleitete polizeiliche Suche in der Umgebung blieb zunächst erfolglos.

09. August 2011 Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Unbekannte haben Hakenkreuze und ein Keltenkreuz, sowie das Wort „Schande“ auf ein Denkmal gesprüht. Das Denkmal wurde schon Ende letzten Jahres zweimal geschändet. In der Nacht des 15.8. haben unbekannte Täter das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma ebenfalls mit einer rechten Parole beschmiert.

10. August 2011 Berlin

Ein Berliner Amtsgericht hat zwei Polizisten vom Vorwurf der Körperverletzung im Amt freigesprochen. Die Beamten sollen einen vietnamesischen Händler, der angeblich illegal Zigaretten verkauft hatte, geschlagen, an der Stadtgrenze auf einen Müllhaufen geworfen und sein Gesicht in den Schnee gedrückt haben. Kein einziger dieser Vorwürfe sei nachweisbar, urteilte das Gericht. Mehrere Passanten hatten das Geschehen bezeugt. Der 21-jährige Vietnameser selbst konnte nicht als Zeuge aussagen, da er bereits in sein Herkunftsland abgeschoben worden war.

15. August 2011 Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Unbekannte beschmierten ein Mahnmal für im Nationalsozialismus ermordete Sinti und Roma mit volksverhetzenden Parolen. Es handele sich bereits um die dritte derartige Tat innerhalb weniger Tage.

August 2011 Wöbbelin (Mecklenburg - Vorpommern)

In der Gedenk- und Mahnstätte des KZ-Außenlagers Wöbbelin rissen Unbekannte fünf Holzstelen aus der Verankerung und beschädigten eine als Symbol für den Standort des ehemaligen Konzentrationslagers aufgestellte Steinfigur erheblich.

25./26. 2011 August Stuttgart (Baden Württemberg)

Zehn Jugendliche drangsalierten in Stuttgart einen 15-jährigen Jungen der jüdischen Gemeinde. Zwei der Gruppe, darunter ein Zwölfjähriger, schlugen und tritten unter Jubel

und „Scheißjude“ Rufen auf Kopf und Bauch des Jungen ein. Das Opfer wurde übers Wochenende im Krankenhaus behandelt. Die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs schrieb dazu in ihrer Pressemitteilung: „Eine ausgeprägte antisemitische oder fremdenfeindliche Ideologie vorauszusetzen, um Gewalt als antisemitisch oder fremdenfeindlich zu problematisieren, greift viel zu kurz. So werden Probleme erst erkannt, wenn es längst zu spät ist.“

August 2011 Berlin

Mit dem Slogan „GAS geben“ provoziert die Berliner NPD auf ihren Plakaten im Berliner Wahlkampf. Unter anderem ist dieser antisemitische Slogan und das rassistische Plakat „...Ausländer raus“ auch an Laternen vor dem Gebäude der Jüdischen Gemeinde in Berlin angebracht.

31. August 2011 Berlin, Schöneweide

In der Kneipe „Zum Henker“ hält der Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt eine Wahlkampfveranstaltung ab.

01. September 2011 Auerbach (Sachsen)

Unbekannte haben an die Fassade eines ehemaligen Marktes an der Hauptstraße in Auerbach ein rund 1,20 mal 0,85 Meter großes Hakenkreuz geschmiert.

11. September 2011 Berlin, Mitte

Die Berliner Polizei riegelte rings um den Alex alles hermetisch ab, um der NPD eine gespenstische Wahlkampfveranstaltung zu ermöglichen. 120 Anhänger_innen der NPD fanden sich ein. Gegenproteste mussten außer Hör- und Sichtweise stattfinden.

12. September 2011 Berlin, Rudow

Eine Gruppe von sechs bis acht Angreifern schlugen an einer Bushaltestelle am Goldlackweg auf einen 13-jährigen jüdischen Jungen ein und beschimpften ihn antisemitisch.

12. September 2011 Straußberg (Brandenburg)

Ein pakistanischer Taxifahrer wurde in der Nacht von einem Fahrgast rassistisch und antisemitisch beschimpft und zusammengeschlagen. Er erlitt schwere Verletzungen.

18. September 2011 Pforzheim (Baden Württemberg)

Zwei Männer urinieren in der Nacht an einen Gedenkstein am Platz der Synagoge in Pforzheim. Zeugen beobachteten die alkoholisierten Männer, wie sie den Hitlergruß zeigten, während sie den Gedenkstein schändeten. Die verständigte Polizei konnte die beiden Täter anschließend ausfindig machen.

26. September 2011 Dresden (Sachsen)

Bei einem Fußballspiel belegte ein Teil der Dynamo Dresden Fans die Fans der Gästemannschaft mit den Rufen „Jude, Jude, Jude Eintracht Frankfurt“. Weiterhin sollen Hitlergrüße und „Dönerverkäufer“-Rufe in Richtung der Frankfurter Fans getätigt worden sein. Fans von Dynamo Dresden fallen immer wieder durch ihre rechte Gesinnung und antisemitischen Beleidigungen auf.

29. September 2011 Werder/Havel (Brandenburg)

Schüler_innen beschimpfen Mitarbeiter_innen der Stiftung Jüdisches Museum Berlin antisemitisch, als sie einen Infostand im Schulhof der Carl-von-Ossietzky-Oberschule errichteten. Vier 15-jährige stehen nun unter dem Verdacht der Volksverhetzung, laut Mitarbeiter_innen seien jedoch mehr Schüler_innen beteiligt gewesen.

Quellen: Jungle World, Amadeu Antonio Stiftung, Netz gegen Nazis, Opferperspektive, Reach-Out



Bauchlandung für Neonazis und Rechtspopulist_innen

Die drei extrem rechten und rassistischen Parteien in Berlin sind weitgehend isoliert

Mit ihrer aggressiven und plump rassistischen Wahlkampfstrategie hat die Berliner NPD bei den Wahlen am 18. September 2011 zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen eine Bauchlandung gemacht. Die Dominanz der am historischen Nationalsozialismus orientierten Kräfte in der NPD, verbunden mit dem Auftreten „parteionabhängiger“ gewaltbereiter Neonazis hat doch eher zur Distanz potentieller Wähler_innen beigetragen. Bei dem mit sehr großem Aufwand betriebenen Wahlkampf mussten immer wieder „Nazi-Kameraden“ aus anderen Bundesländern behilflich sein. Trotzdem hat es nicht den erhofften Aufwärtstrend für die Berliner Neonaziszene bewirkt. Diese ist nun schon seit Jahren zahlenmäßig schwach aufgestellt und konnte sich nur ab und zu personell verstärken. So sind einige aus dem Gefängnis entlassene und in die Szene zurückgekehrte Gewalttäter und Brandstifter hier dazuzurechnen.

Die rechtspopulistischen Parteien „Pro Deutschland“ und „Die Freiheit“ hatten sich erhofft, mit ihrem „Anti-Moscheen/Anti-Islam-Wahlkampf“, das rassistische Potential aus der Mitte der Gesellschaft anzusprechen und dadurch den Einzug in das Abgeordnetenhaus zu schaffen. Mit 1,2 % bzw. 1,0 % vollführten aber auch sie eine glatte Bauchlandung.

Trotz einer höheren Wahlbeteiligung hat die NPD bei den Zweitstimmen 3.986 Stimmen weniger als bei den Abgeordnetenhauswahlen von 2006 bekommen. Die Zweitstimmen bestimmen die Rangfolge der Parteien und die Anzahl der Sitze im Parlament unter Berücksichtigung der 5 %-Klausel. Berlinweit entschieden sich 31.243 Menschen (2,1 %) mit ihrer Zweitstimme für die NPD und wählten diese neonazistische Partei mit ihren ausschließlich rassistischen Lösungsvorschlägen für gesellschaftliche Konflikte.

Sowohl der Berliner Landesvorsitzende Uwe Meenen als auch der Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt sind von dem Wahlergebnis ihrer Partei maßlos enttäuscht. Obwohl noch kurz vor dem Wahltag ein Aufwärtstrend mit 3 % plus x prognostiziert wurde, entschieden sich nur 2,1 % für die neonazistische Partei (2006 waren es noch 2,6 %). Beide NPD-Funktionäre sprechen von einer Niederlage und suchen die Gründe dafür in einer „massiven Wahlkampfbehinderung“ aufgrund von „tätlichen Angriffe[n] gegen Wahlkämpfer der Partei beim Verteilen von Informationsmaterial“ sowie „behördliche Schikanen und Behinderungen“, wie z. B. das Verbot des Einsatzes eines Wahlkampfflugzeuges und die Verweigerung des rbb, einen NPD-Wahlwerbespot zu senden.

Der Landesvorsitzende Uwe Meenen macht außerdem auch „die einmalige Konkurrenzsituation“ durch die rechtspopulistischen Parteien „Pro Deutschland“ (17829 Zweitstim-

men) und „Die Freiheit“ (14019 Zweitstimmen) für den Stimmenrückgang bei der NPD verantwortlich. Diese Einschätzung greift aber zu kurz, denn existierten diese beiden rechtspopulistischen Parteien nicht, würden die insgesamt 31.848 rassistisch motivierten Wähler_innen von „Pro Deutschland“ und „Die Freiheit“ nicht automatisch zur NPD wandern.

Eine weitere Vision hatte die Berliner NPD für die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) aufgrund ihres Erfolges von 2006, wo sie mit 11 Neonazis in 4 BVVs eingezogen waren. Die Annahme der NPD, dass der Aktionismus neonazistischer Strukturen vom „Nationalen Widerstand Berlin“ (NW Berlin) in Teilen der Bezirke Marzahn/Hellersdorf, Treptow/Köpenick, Lichtenberg und Neukölln ihr weiteren Zuspruch und Wähler_innenstimmen bringen wird, hat sich als Trugschluss erwiesen. In Neukölln flog die NPD aus der BVV raus und in Marzahn/Hellersdorf, Treptow/Köpenick sowie Lichtenberg konnte sie jeweils nur noch zwei BVV-Mandate erringen. Insgesamt hatte die NPD hier, wo sie sich verankert wähnte, sowie in Tempelhof/Schöneberg mit 6.220 Stimmen erhebliche Verluste eingefahren. Diese konnten dann allerdings wieder ausgeglichen werden bzw. gab es sogar einen erheblichen Zuwachs an Stimmen, da die NPD diesmal in 6 Bezirken erstmalig zu den BVV-Wahlen angetreten war. In den Bezirken Mitte, Friedrichshain/Kreuzberg, Pankow, Spandau, Steglitz/Zehlendorf und Reinickendorf stimmten insgesamt 11.707 Menschen für die NPD.

Insgesamt haben 63.091 Menschen den extrem rechten/rassistischen Parteien ihre Stimme gegeben. Diese zusammen gerechneten 4,3 % hätten aber auch nicht für den Einzug ins Parlament gereicht. Da waren die „Republikaner“ 1989 mit 7,5 % wesentlich erfolgreicher. Mittlerweile sind diese aber in der Versenkung verschwunden. Trotz alledem müssen Antifaschist_innen weiterhin Neonazis und Rechtspopulisten ihre Räume streitig machen und Aufklärungsarbeit auf vielen Ebenen leisten, um Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Homophobie etc. weiterhin zurückzudrängen.

Antifaschistische Initiative Moabit

* Berlin Alexanderplatz am 11.09.2011: isolierte Wahlkampfabschlusskundgebung der Berliner NPD abgeschirmt vor antifaschistischem Protest und der Öffentlichkeit. Der Bundesvorsitzende Udo Voigt (am Mikrophon) macht nochmal auf Optimismus und dankt den aktivsten Wahlkämpfern Frank Rohleder, Sebastian Thom, Jan Sturm (in der Mitte v.l.n.r.) und dem stellvertretendem Vorsitzenden der Berliner NPD Sebastian Schmidtke (rechts im Bild), der auch für etliche Aktivitäten der gewaltdominierten Neonaziszene in Berlin verantwortlich ist.



Dresden 2012 - Aller guten Dinge sind drei - Europas größtem Naziaufmarsch ein Ende bereiten

2010 und 2011 ist es gelungen: Tausende Antifaschist_innen blockierten in Dresden Europas größten Naziaufmarsch. Der rechtsextreme „Kampf um die Straße“ erhielt einen herben Rückschlag. Bereits in diesem Jahr reisten weit weniger Nazis als in den Jahren zuvor in die sächsische Landeshauptstadt. Jetzt kommt es darauf an, auch die letzten Rechten wieder nach Hause zu schicken. Auch im Februar 2012 werden wir die Nazis in Dresden blockieren. Am 19. Februar dieses Jahres haben mehr als 20.000 Menschen zum zweiten Mal in Folge Europas größten Naziaufmarsch durch entschlossene Blockaden verhindert. Dieser Erfolg des zivilen Ungehorsams reiht sich in erfolgreiche Blockadeaktionen in Leipzig, Berlin, Jena und Köln ein.

Auch 2012 werden wir an dem Erfolgskonzept festhalten. Von Antifagruppen über lokale Initiativen bis hin zu Parteien und Gewerkschaften und deren Jugendorganisationen werden wir gemeinsam mit Mitteln des zivilen Ungehorsams den Naziaufmarsch stoppen.

Die Nazis werden auch nächstes Jahr mehrere Veranstaltungen zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden durchführen wollen. Das werden sie sich trotz der Misserfolge in den letzten beiden Jahren nicht nehmen lassen. Denn durch die Mythen um die Bombardierung Dresdens und die existierende lokale Gedenkkultur gelingt ihnen der politische Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft in Dresden so gut wie nirgendwo anders.

Auch die Dresdner Polizei und Staatsanwaltschaft tut ihr Bestes, um den Nazis den nächsten Aufmarsch zu ermöglichen. Sie versucht durch intensive Ermittlungen unseren erfolgreichen Protest des letzten Jahres zu kriminalisieren. Damit will das Land Sachsen und die Stadt Dresden das Bündnis ‚Dresden Nazifrei‘ politisch diskreditieren und uns gesellschaftlich isolieren.

Das wollen und werden wir verhindern. Wir werden nicht zulassen, dass sich eine nationalsozialistische Tradition in Dresden etabliert. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Nazis die Geschichte verdrehen, die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus verhöhnern und die deutsche Schuld an Holocaust und Vernichtungskrieg relativieren. Wir werden auch nicht spalten lassen. Naziaufmärsche zu blockieren ist legitim – ob das der Polizei gefällt oder nicht.

Wir werden den Naziaufmarsch 2012 blockieren - bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg.

Fels - Für eine linke Strömung, Antifa Ag

TERMIINE

28./29.10.2011

Nach dem Schweigen. Erinnerungsorte, Gedenkbücher, Opferlisten des sowjetischen Exils
Die Tagung hat das Ziel, an die Schicksale deutscher Emigranten und ihrer Familien zu erinnern, die von den 1930er bis zu den 1950er Jahren in der Sowjetunion Opfer staatlicher Repressalien geworden sind.

28.10.2011, 17 Uhr

Filmvorführung „Im Schatten des Gulag – als Deutsche unter Stalin geboren“

29.10.2011, 10 Uhr

Vorträge und Diskussionen
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Veranstaltung von Helle Panke e.V. - Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin in Kooperation mit der Berliner VVN-BdA
Anmeldung erforderlich: info@helle-panke.de

29.10.2011, 17 Uhr

Buchpräsentation - Die Todesmärsche 1944/45 Vortrag und Gespräch mit dem Autor Daniel Blatman, Direktor des Avraham Harman Institute of Contemporary Jewry der Hebrew University of Jerusalem. Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg
Veranstaltung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

02./03.11.2011

„Das war mal unsere Heimat“ – Jüdische Geschichte im preußischen Osten. Forschungsstand und Forschungsperspektiven.
Die Tagung präsentiert den neuesten Forschungsstand zur Geschichte der deutschen Jüd_innen, die einst jenseits von Oder und Neiße zu Hause waren. Sie hat die kulturelle Vielfalt und ihre Auslöschung zum Gegenstand, ebenso wie die wenigen erhaltenen Spuren und einzelne Formen der Erinnerung. Zugleich will die Konferenz Perspektiven für die Forschung aufzeigen.

02.11.2011 18 Uhr,

Centrum Judaicum, Oranienburger Str 28/30, 10117 Berlin

03.11.2011 9-18 Uhr

Zeughauskino, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

5.11. 2011, 18 Uhr

Lesung anlässlich des 75. Jahrestages zur Schließung des Konzentrationslagers Columbiahaus aus Häftlingsberichten.
Mediengalerie ver.di, Dudenstr. 10, 10965 Berlin
Veranstaltet vom Förderverein für ein Gedenken an NS-Verbrechen auf dem Tempelhofer Flugfeld

6.11.2011, 11 Uhr

Matinee des BdA Treptow anlässlich des 73. Jahrestages der Pogromnacht vom 9. November 1938.
Es spricht André Brie.
Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

11.11.2011

Naziaufmarsch in Warschau blockieren
In Warschau marschieren Nazis alljährlich zum "Nationalfeiertag" am 11.11. auf. Bisher wurde sie dabei von der Polizei hofiert und der Zivilbevölkerung toleriert. Die antifaschistische Gegenwehr war entsprechend erfolglos – bis zum letzten Jahr. Inspiriert von den Massenblockaden in Dresden versuchte sich die polnische Antifa-Szene erstmalig in einem ähnlichen Konzept: Ein breites, Spektren übergreifendes Bündnis wurde geschmiedet, um dem Treiben der Nazis ein Ende zu setzen.

Infoveranstaltungen:

26.10.2011, 19.30 Uhr, K9 - Kinzigstraße 9, 10247 Berlin

2.11.2011, 20 Uhr, Sama32 - Samariterstr. 32, 10247 Berlin

9.11.2011, 10.30 Uhr

Ehrendes Gedenken auf dem Jüdischen Friedhof Schönhauser Allee anlässlich des 73. Jahrestages der Pogromnacht 1938
Veranstaltet vom BO Prenzlauer Berg

9.11.2011, 16 Uhr,

Rundgang zu Stätten ehemaligen jüdischen Lebens mit Claudia Saupe.
Treffpunkt vor dem ehemaligen Jüdischen Waisenhaus, Berliner Straße 120/121, 13187 Berlin
Veranstaltet vom Förderverein Ehemaliges Jüdisches Waisenhaus Pankow und der VVN-BdA Berlin-Pankow

9.11.2011, 17.00 Uhr

»Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen«
Kundgebung im Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht 1938 am Mahnmal in der Levetzowstrasse.
Mit der Zeitzeugin Andrée Leusink (geboren am 14. Mai 1938), die als verstecktes jüdisches Kind den Holocaust in Frankreich und der Schweiz überlebte.
Anschließend antifaschistische Demonstration zum Deportationsmahnmal auf der Putlitzbrücke,
Veranstaltet von der Antifaschistischen Initiative Moabit, und dem Bündnis 9.November

9.11.2011, 19 Uhr

Claude Lanzmann, sein Monumentalwerk „Shoa“ und die Aufgabe der Erinnerung.
In seiner 2010 erschienenen Autobiografie „Der patagonische Hase“ beschreibt Lanzmann, wie die Dokumentation „Shoa“ entstand.
Claudia Steinitz stellt die von ihr mitübersetzte Autobiographie von Claude Lanzmann und den von ihr übersetzten Roman „Jan Karski“ von Yannick Haenel vor.
Mit der Publizistin Dr. Irene Runge diskutiert sie anschließend darüber, wie nachgeborene Generationen mit der Vergangenheit umgehen können.
Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin
Veranstaltet von «Helle Panke» e.V. - Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

12.11.2011, 16 Uhr

Stadtrundgang „Jüdisches Leben in Friedrichshagen“
Bölschestrasse 20, vor dem Bölschekklub, Nähe S-Bahnhof Friedrichshagen
Veranstaltet vom Antifaschistischen Bündnis Südost und der VVN-BdA Köpenick

Noch bis zum 17.11.2010

Sonderausstellung
Die Ausstellung „Krieg. Holocaust. Gedenken“ wurde 2008 aus Anlass des 65. Jahrestages der Auflösung des Ghettos Minsk im Oktober 1943 erstellt. Sie dokumentiert nicht nur das Leben und Sterben in Minsk, sondern auch die übrigen Ghettos Weißrusslands während der deutschen Besatzungszeit 1941 – 1944.
Dienstag bis Sonntag von 10 - 18 Uhr

17.11.2011, 19 Uhr

Finissage der Sonderausstellung
„Das jüdische Ghetto in Minsk“
Vortrag: Stefanie Schüler-Springorum - Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin
Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Zwieseler Straße 4, 10318 Berlin

19.11.2011, 15 Uhr

Antifaschistische Gedenkdemo für Silvio Meier
Vor 19 Jahren wurde der Hausbesetzer und Antifaschist Silvio Meier von Neonazis ermordet.
Das Thema Neofaschismus ist immer noch hochaktuell und die Auseinandersetzung damit dringend notwendig: Nazis versuchen linke Hausprojekte anzuzünden und überfallen Menschen. Im Lichtenberger Weitlingkiez in der Lückstraße 58 existiert ein fester Treffpunkt des „Nationalen Widerstandes Berlin“. Aber auch andere Themen sind wichtiger Teil linker Politik. Die Polizei räumt Häuser und schränkt linke Freiräume immer weiter ein. Der Staat hört massenweise Handys ab, lässt Wohnungen durchsuchen und zerrt Antifaschist_innen vor Gericht.
U-Bhf Samariter Straße (U5), 15:00
Veranstaltet vom Silvio-Meier-Bündnis

Dezember 2011

Antirassistische Demonstration zum Abschiebeknast in Berlin-Grünau
Weitere Infos unter: chipini.blogspot.de

Wer
braucht
schon
Freunde?



JUNGLE-WORLD.COM

WOLLEN SIE SO DUMM BLEIBEN, WIE SIE SIND?

Dann greifen Sie ruhig weiter zu den Stapeln hochglänzender Maktulatur an Ihrem Zeitungsstand. Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, dann haben wir etwas für Sie ...



konkret

:Lesen, was andere nicht wissen wollen.
Jeden Monat neu am Kiosk.

foto: dpa

KEINE GRENZEN FÜR



MENSCHENRECHTE

Online-Aktion

Machen Sie mit!

Unterzeichnen Sie das Manifest für ein Europa der Humanität und Solidarität auf:

[bewegung.taz.de/
manifest](http://bewegung.taz.de/manifest)



Antifaschistisches Blatt info

Nr. 92 | Herbst 2011

Hoyerswerda

Ein Pogrom und seine Folgen



Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenastr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)



Wohin geht die Reise, was ist wirklich wichtig?
Macht oder Mut, Recht oder Gerechtigkeit?

neues deutschland, die überregionale pluralistisch-linke Tageszeitung aus Berlin nimmt Sie mit auf die Reise zu mehr sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Kultur und Friedfertigkeit.



► DRUCK VON LINKS

Jetzt testen: »nd« im neuen Design, zwei Wochen gratis, Lieferende automatisch.

☎ 030/2978-1800 🌐 NEUES-DEUTSCHLAND.DE/ABO

ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

JUGENDINFO FÜR
PBERG, PANKOW
WEISSENSEE & BERNAU

WWW.ROSEN-WEB.DE.VU